
Vorsitz: Polen**1364. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 24. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Unterbrechung: 18.00 Uhr
Wiederaufnahme: 10.00 Uhr (Freitag, 25. März 2022)
Schluss: 11.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński
Botschafter M. Czapliński

Vorsitz, Leitender Beobachter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine, Russische Föderation (Anhang 1)

Zur Geschäftsordnung: Ukraine, Vorsitz

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE
UKRAINE

Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 5) (PC.DEL/416/22), Schweiz (PC.DEL/429/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Georgien (Anhang 7), Türkei (Anhang 8), Norwegen (Anhang 9), Portugal (Anhang 10), Belarus (PC.DEL/435/22 OSCE+),

Frankreich – Europäische Union, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/15/22 OSCE+), Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT DES DIREKTORS DES BÜROS FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (ODIHR)**

Vorsitz, Direktor des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Monaco, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/431/22), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 11), Armenien (PC.DEL/443/22), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/417/22), Aserbaidschan (PC.DEL/448/22 OSCE+), Georgien (PC.DEL/440/22), Türkei (Anhang 12), Kirgisistan, Heiliger Stuhl (Anhang 13), Kasachstan (Anhang 14), Turkmenistan, Kanada (PC.DEL/420/22 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/421/22 OSCE+), Nordmazedonien (Anhang 15), Norwegen (Anhang 16), Usbekistan, Italien, Ukraine (PC.DEL/436/22), Bosnien und Herzegowina, Frankreich – Europäische Union, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/16/22 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

- (a) *Die anhaltenden Verbrechen der Ukraine mit Unterstützung einer Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 17), Vorsitz, Frankreich – Europäische Union, Ukraine, Frankreich, Kanada (Anhang 18), Norwegen, Litauen (Anhang 19)
- (b) *Dreiundzwanzigster Jahrestag der Aggression der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien:* Serbien (Anhang 20), Russische Föderation (Anhang 21)
- (c) *Die Reaktion der NATO auf die humanitäre Krise im Kosovo:* Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/428/22), Frankreich, Albanien (Anhang 22), Vereinigtes Königreich, Italien, Deutschland (Anhang 23), Kanada (Anhang 24), Bosnien und Herzegowina (Anhang 25)
- (d) *Die Aggression Aserbaidschans gegen Arzach und Armenien unter direkter Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpferinnen und Kämpfer – jüngste Entwicklungen:* Armenien (Anhang 26), Aserbaidschan (PC.DEL/449/22 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten, die Europäische Union und Kooperation Spaniens, S. E. J. M. Albares Bueno, am 17. März 2022:* Vorsitz

- (b) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte, S. E. E. Gilmore, am 17. März 2022: Vorsitz*
- (c) *Gemeinsame Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, und der Generalsekretärin der OSZE, H. M. Schmid, zur Lage in der Ukraine, vom 18. März 2022: Vorsitz*
- (d) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung Irlands, S. E. S. Coveney, am 18. März 2022: Vorsitz*
- (e) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens, S. E. B. Aureescu, am 21. März 2022: Vorsitz*
- (f) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Mazedoniens, S. E. B. Osmani, am 21. März 2022: Vorsitz*
- (g) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Schwedens, I. E. A. Linde, am 22. März 2022: Vorsitz*
- (h) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. A. Blinken, am 22. März 2022: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts der Generalsekretärin: Direktorin des Konfliktverhütungszentrums*
- (b) *Auswirkungen der verspäteten Genehmigung beziehungsweise Nichtgenehmigung der Verlängerung des Mandats und des Haushalts der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine: Direktorin des Konfliktverhütungszentrums (SEC.GAL/42/22 OSCE+)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

Jährliche Rede des Präsidenten der Republik Kasachstan zur Lage der Nation am 16. März 2022 mit dem Titel „Das neue Kasachstan – der Weg der Erneuerung und Modernisierung“: Kasachstan (Anhang 27)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 31. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1364

24 March 2022

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

ich möchte erneut gegen den vorgeschlagenen ersten Punkt auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE verfahrenstechnische Einwände anbringen.

Herr Vorsitzender, Sie weigern sich nach wie vor, im Einklang mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung betreffend die Vorbereitung der Tagesordnungen des Ständigen Rates (Absätze IV.1(C)1 und IV.1(C)3) vorzugehen, bei der die von allen Teilnehmerstaaten geäußerten Standpunkte berücksichtigt werden sollten.

Wir erachten diesen Punkt, der bereits zu einem ständigen Tagesordnungspunkt geworden ist, nach wie vor als politisch einseitig, da er die Auffassung einiger Teilnehmerstaaten widerspiegelt und die russischen Vertreterinnen und Vertreter eindeutig ausgrenzt. Derartige willkürliche Vorgehensweisen stehen im Widerspruch zum Mandat des amtierenden Vorsitzes, das vom Ministerrat in Porto 2002 gebilligt wurde und verbindlich ist.

Wir fordern den polnischen Vorsitz erneut nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass bei den Erörterungen im Ständigen Rat für alle Chancengleichheit gegeben ist.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

seit nunmehr einem Monat verteidigt die Ukraine ihre Freiheit, Souveränität und Demokratie gegen den russischen Angriffskrieg.

Und das, nachdem wir uns bereits acht Jahre lang gegen die bewaffnete Aggression und hybride Kriegsführung Russlands zur Wehr gesetzt haben, während Russland die ganze Welt belog und bestritt, direkt beteiligt zu sein.

Wir sind allen unseren Partnern, Verbündeten und Freunden für ihre Unterstützung und ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk in diesen für die gesamte OSZE tragischen Zeiten dankbar.

Was Russland als einen Feldzug von wenigen Tagen geplant hatte, hat sich zur schwersten Katastrophe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt.

Der Blutzoll, den der russische Angriffskrieg fordert, ist schrecklich.

Russland legt ganze Städte in Schutt und Asche.

Zivilistinnen und Zivilisten werden vorsätzlich durch wahllosen Beschuss getötet.

Seit Beginn der russischen Angriffe sind in der Ukraine insgesamt 121 Kinder ums Leben gekommen; mehr als 167 wurden verletzt.

Russland hat Schäden an 548 Bildungseinrichtungen verursacht, darunter 220 Schulen, 155 Kindergärten und an 40 weiteren Einrichtungen wie Rehabilitationszentren, Sportanlagen, Kunsthochschulen und Bibliotheken.

Die russischen Streitkräfte haben in der Ukraine bereits 3 500 Infrastruktureinrichtungen zerstört.

Dass Russland kritische Infrastruktureinrichtungen gezielt zerstört, macht offensichtlich, dass es den Plan verfolgt, eine humanitäre Krise in der Ukraine herbeizuführen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen haben bereits rund 10 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Heimat auf der Flucht vor der russischen Invasion verlassen.

Und das nach kaum einem Monat.

Wie das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte bereits bestätigt hat, setzen die russischen Streitkräfte unter Verletzung des humanitären Völkerrechts Streumunition in bewohnten Gebieten ein.

Zudem wurde vor zwei Tagen gemeldet, dass in den Vororten von Kyjiw Phosphorbomben zum Einsatz gekommen sind.

Wie der Artilleriebeschuss der Chemiefabrik Sumychimprom Anfang dieser Woche zeigt, werden die Aktionen der russischen Truppen immer gefährlicher.

Während rund um das von Russland besetzte Atomkraftwerk Tschernobyl Waldbrände ausgebrochen sind und die Gefahr eines nuklearen Zwischenfalls zunimmt, droht Russland Europa auch mit einem Chemieunfall.

So agieren Russlands Staatsterroristen.

Gleichzeitig bemüht Russland seit Jahren die These, es befände sich irgendwie im Kampf gegen den Neonazismus.

Doch während Russland Denkmäler verteidigt, fordert es weiterhin Menschenopfer.

Am vergangenen Freitag wurde der 96-jährige Boris Romantschenko, ein Überlebender der Konzentrationslager Buchenwald, Peenemünde, Dora und Bergen-Belsen, in seinem Haus in Charkiw von russischen Bomben getötet.

Er war viele Jahre lang Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora gewesen.

Er hatte den Nationalsozialismus überlebt, nicht aber den „Russismus“.

Diese russischen Gräueltaten rufen unsere schlimmsten Erinnerungen an die Vergangenheit wach.

Die ukrainischen Städte Mariupol, Tschernihiw, Charkiw, Isjum und auch andere werden belagert.

Besonders erschütternd ist die Lage in Mariupol.

Zurzeit befinden sich noch etwa 100 000 Menschen in der Stadt.

Die Stadt steht unter Belagerung – es gibt keine Nahrungsmittel, kein Wasser, keine lebenswichtigen Medikamente – und unter andauerndem Artilleriefeuer.

Alle unsere Versuche, sichere humanitäre Korridore für die Bewohnerinnen und Bewohner von Mariupol zu organisieren, werden von den russischen Angreifern zunichte gemacht.

Vor zwei Tagen wurde einer der humanitären Konvois einfach von russischen Truppen gekapert.

Wir glauben, dass „grüne Korridore“ und humanitäre Konvois funktionieren könnten, wenn sie von den einschlägigen internationalen Akteuren unterstützt würden, einschließlich derjenigen, die im Auftrag der Vereinten Nationen und der OSZE arbeiten.

Die Anwesenheit internationaler Akteure vor Ort ist unerlässlich für die Bedarfsermittlung, was für eine gezielte, rechtzeitige und koordinierte internationale humanitäre Hilfe von entscheidender Bedeutung ist – und eigentlich schon längst hätte geschehen sollen.

Wie der griechische Generalkonsul, der letzte Diplomat der Europäischen Union, der aus Mariupol evakuiert wurde, bemerkte, „wird Mariupol einmal auf der Liste jener Städte stehen, die durch einen Krieg vollständig zerstört wurden“ und in einem Atemzug mit Guernica, Coventry, Aleppo, Grosny [und] Leningrad“ genannt werden.

Das wird künftigen Generationen im Gedächtnis bleiben.

Das muss russische Diplomatinen und Diplomaten doch mit „Stolz“ auf solche Leistungen der Führung und der Armee ihres Landes erfüllen.

Auch in anderen Städten unter russischer Kontrolle verschlechtert sich die humanitäre Lage dramatisch.

Die russischen Angreifer gehen mit Repressalien gegen die Einwohner von Cherson vor und versuchen, dort rechtswidrige quasi-autonome Behörden zu installieren.

Am 21. März eröffneten die russischen Kräfte auf dem Freiheitsplatz von Cherson das Feuer auf friedliche Demonstranten, wobei ein älterer Mann verletzt wurde.

Die Angreifer glauben, dass sie den Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer durch Brutalität brechen können, wie das in Russland so üblich ist. Aber sie haben sich in der Ukraine und ihrer Bevölkerung gründlich getäuscht.

Außerdem setzt Russland seine Kriegsschiffe ein, um die Ukraine einschließlich der Stadt Odessa vom Meer aus abzuriegeln.

Russland hat die Absicht, die Handelswege der Ukraine zu kappen und die ukrainischen Küstenstädte und -orte auszuhungern. Das kann nicht unbemerkt und ohne Reaktion der internationalen Gemeinschaft bleiben – es ist höchste Zeit, die internationalen Häfen für russische Schiffe zu schließen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

hungrige und demoralisierte russische Truppen plündern und morden.

Sie nennen es Umstellung auf Selbstversorgung. In Wirklichkeit handelt es sich um vom Kreml gebilligte Raubzüge.

Der durch nichts provozierte und zu rechtfertigende Krieg Russlands ist auch eine weitere bittere Erinnerung daran, dass Frauen in bewaffneten Konflikten zu den am stärksten gefährdeten Personen gehören.

Nach Angaben der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft wurde die Identität eines der russischen Soldaten festgestellt, der eine Frau vergewaltigte, nachdem er ihren Ehemann getötet und ihr kleines Kind misshandelt hatte. Aus verschiedenen besetzten Gebieten werden zahlreiche Sexualverbrechen durch russische Soldaten in der Ukraine berichtet.

Ich möchte Sie auch an das Los der Menschen erinnern, die in den besetzten Gebieten des Donbass und der Krim leben.

Seit nunmehr acht Jahren werden diese ukrainischen Bürgerinnen und Bürger von Russland als Geiseln gehalten.

Wie zu Stalins Zeiten werden Ukrainerinnen und Ukrainer unter Verletzung des humanitären Völkerrechts gewaltsam nach Russland verschleppt.

Allein am 19. März hat Russland 2 389 Kinder aus dem Donbass zwangsweise umgesiedelt.

Darüber hinaus zieht Russland weiterhin Tausende männliche Einwohner der vorübergehend besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk sowie der vorübergehend besetzten Krim zum Wehrdienst ein.

Sie werden als Kanonenfutter in die vorgeschobenen Stellungen der russischen Truppen geschickt.

So viel zum „Schutz“ und zur „Befreiung“ durch Russland!

In Wirklichkeit haben diese Menschen weder Rechte noch eine Wahl und sind letztlich dem sicheren Tod geweiht. Genau darum geht es bei dem hoch gepriesenen Konzept *Russkij Mir* („Russische Welt“).

Ganz gleich, was russische Diplomatinen und Diplomaten in ihren Erklärungen sagen.

Aber nun hat Russland eine zweite Front eröffnet – gegen die Wahrheit.

Damit beziehe ich mich nicht nur auf die Verbreitung von Fake News über Biolabore und „infizierte Kampfvögel“ und anderem Unsinn über die Ukraine.

Ich denke auch daran, dass in Russland Menschen verfolgt werden, wenn sie auch nur im Geringsten den Anschein erwecken, die Wahrheit über Putins Krieg in der Ukraine herausfinden zu wollen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Tagen haben wir immer häufiger Klagen des Kremls über den Westen gehört.

Und warum? Weil sich die freie Welt für die Verteidigung der auf der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht basierenden Ordnung einsetzt.

Ganz im Gegensatz zu Russland und zu Präsident Putin, die beschlossen haben, alle OSZE-Grundprinzipien zu demontieren und einen totalen Krieg in Europa zu entfesseln.

Wladimir Putin sollte jedoch zumindest den Mut aufbringen, zuzugeben, dass es seine Entscheidung war, die Zukunft eines Landes mit 140 Millionen Menschen seinen neoimperialistischen Träumen zu opfern.

Der Kreml sollte aufhören, der übrigen Welt die Schuld zu geben, und seinen Kurs ändern.

Russland muss den Krieg beenden, seine Truppen abziehen, die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim, wiederherstellen und natürlich die Verantwortung für alle an der ukrainischen Bevölkerung begangenen Verbrechen übernehmen. Außerdem muss Russland die Zusicherung geben, dass sich ein derartiger Angriff niemals wiederholen wird, und es muss zur Einhaltung der völkerrechtlichen Prinzipien zurückkehren.

Zu guter Letzt habe ich auch eine Frage an die belarussischen Diplomatinen und Diplomaten: Wollen Sie wirklich die volle Verantwortung für alle diese Gräueltaten mit Russland mittragen und den Ruf Ihres Landes vollständig ruinieren?

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Heute vor einem Monat begann Präsident Putin, gemeinsam mit dem beteiligten Lukaschenko-Regime in Belarus als Mitaggressor, seinen verheerenden Krieg gegen die Ukraine. Wir beobachten einen beispiellosen Akt russischer militärischer Aggression gegen ein souveränes und unabhängiges Nachbarland, die Ukraine, unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts und der Kernprinzipien, auf die sich die regelbasierte internationale Ordnung stützt. Seit Beginn dieses Krieges wurden mindestens 925 Zivilpersonen getötet und 1 496 weitere verletzt, wie das VN-Menschenrechtsbüro mitteilte, das die tatsächliche Zahl der Opfer wesentlich höher einschätzt. Darüber hinaus wurden in nicht einmal einem Monat zehn Millionen Menschen zur Flucht aus ihren Heimstätten gezwungen, und – obschon die Mehrheit Binnenvertriebene sind – sind 3,5 Millionen Menschen, darunter 1,5 Millionen Kinder, in andere Länder geflohen. Viele von ihnen sind schwer traumatisiert.

Die Europäische Union verurteilt Präsident Putins vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen sind nach dem humanitären Völkerrecht verboten. Es liegen Anscheinsbeweise dafür vor, dass die unterschiedslosen russischen Angriffe in dicht besiedelten Gebieten und auf diejenigen, die aus den Kriegsgebieten fliehen, sowie auf zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser und Schulen, Kriegsverbrechen darstellen könnten. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht. Gleichermaßen muss Russland seine staatlich geleitete Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einstellen. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Die Europäische Union unterstützt entschlossen das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre Bevölkerung im Einklang mit Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen.

Nach dem Völkerrecht hat Russland kein Recht, einseitige Gewalt auf dem Hoheitsgebiet eines Drittlandes anzuwenden, und es trägt die volle Verantwortung für diese Akte militärischer Aggression und alle Zerstörung und Verluste an Menschenleben. Der

Internationaler Gerichtshof hat angeordnet, dass Russland seine Militäroperationen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine unverzüglich einstellen muss, und erklärt, er habe keine Beweise gefunden, die Russlands „Rechtfertigungen“ des Krieges untermauern. Wir fordern, dass Russland der Anordnung der vorläufigen Maßnahmen des Gerichtshofs nachkommt, die nach dem Völkerrecht bindend ist. Wir unterstützen auch alle Bemühungen, Beweise zu sammeln und die Gräueltaten dieses Krieges zu dokumentieren, auch durch den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und die OSZE im Rahmen des Moskauer Mechanismus und anderer Instrumente. Die Verantwortlichen für diese schweren Menschenrechtsverletzungen und möglichen Kriegsverbrechen, darunter die verantwortlichen Regierungsvertreterinnen und -vertreter und militärischen Führungskräfte, werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Europäische Union verurteilt die Belagerung und die massive Bombardierung Mariupols durch Russland und die Verstärkung der russischen Offensivformationen rund um große Städte, darunter Kyjiw, Tschernihiw, Saporischschja, Mykolajiw, Berdjansk und Krywyj Rih auf das Allerschärfste. Die Lage in Mariupol ist katastrophal. Die russischen Truppen haben die Stadt mit Artillerie, Raketen und Flugkörpern unter Beschuss genommen und über 90 Prozent der Stadt beschädigt oder zerstört. Sie haben eine Kunstschule bombardiert, in der 400 Einwohnerinnen und Einwohner Schutz gesucht hatten. Dies folgte auf die Bombardierung eines Theaters letzte Woche, in dem Zivilpersonen Schutz gesucht hatten und Hunderte Menschen in einem Keller unter den Trümmern eingeschlossen waren. Sie haben auch den Zugang zu Stromversorgung, Heizung, Frischwasser, Nahrungsmitteln und medizinischen Versorgungsgütern abgeschnitten und bewusst eine humanitäre Katastrophe herbeigeführt, für die Moskau verwerflicherweise der Ukraine wegen ihrer Weigerung zu kapitulieren die Schuld gab. Den lokalen Behörden zufolge wurden in der Stadt mindestens 2 300 Menschen getötet und in einigen Fällen gab es keine andere Möglichkeit, als die Toten in Massengräbern beizusetzen. Wir sind entsetzt über die Berichte, darunter die von Human Rights Watch, die darauf hinweisen, dass die russischen Streitkräfte Streumunition gegen Zivilpersonen einsetzen, so etwa bei drei separaten Angriffen in Mykolajiw.

Diese erbarmungslosen und vorsätzlichen Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur sind schändlich und absolut inakzeptabel. Wie auch die Vereinten Nationen fordern wir die Russische Föderation auf, dringend einer dauerhaften Waffenruhe zuzustimmen, um für eine sichere Durchfahrt der Zivilpersonen zu sorgen, die evakuiert werden möchten, und den freien und sicheren Zugang für diejenigen, die humanitäre Hilfe leisten, sicherzustellen. Wie in allen Konflikt- und Vertreibungssituationen sind Frauen und Kinder besonders stark von Menschenrechtsverletzungen betroffen, und ihre Rechte müssen geschützt und gewährleistet werden.

Wir verurteilen die Entführung demokratisch gewählter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Kommunalvertreterinnen und -vertreter durch die russischen Streitkräfte auf das Schärfste und fordern deren unverzügliche Freilassung. Jeder Versuch Russlands, unrechtmäßige Referenden durchzuführen, um widerrechtliche alternative Verwaltungsstrukturen in der Ukraine zu schaffen, wird als null und nichtig betrachtet werden. In diesem Zusammenhang sind wir beeindruckt von der Entschlossenheit und dem Mut der Einwohnerinnen und Einwohner von Cherson, die sich allen Versuchen der russischen Streitkräfte, die Stadt als unter ihrer Kontrolle stehend darzustellen, friedlich entgegenstellen.

Putins Krieg in der Ukraine geht mit weitreichenden und systematischen Repressionen gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten in Russland einher. Wir verurteilen die Propaganda- und Desinformationskampagne Russlands auf allen Ebenen und in allen Foren auf das Schärfste. Durch die von ihm beauftragten Propagandistinnen und Propagandisten schürt der Kreml aktiv Militarismus und Chauvinismus, während er dem russischen Volk das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte und –freiheiten abspricht. Wie die Beauftragte für Medienfreiheit letzte Woche betont hat, sind die Medien einer strengen Zensur ausgesetzt, wobei es verboten ist, den von Russland geführten Krieg als Krieg zu bezeichnen oder einfach „Nein zum Krieg“ zu sagen. Das Recht auf friedliche Versammlung wird massiv missachtet, friedliche Demonstrierende werden regelmäßig festgenommen. Darüber hinaus gibt es längst keine unabhängige Justiz mehr, wovon die politisch motivierten Gerichtsurteile zeugen, nicht zuletzt im Falle des Oppositionsführers Alexej Nawalny. Infolge der skrupellosen Handlungen Russlands in der Ukraine, die die Satzung des Europarates eklatant verletzen, wurde die Mitgliedschaft des Landes in dieser Organisation letzte Woche ausgesetzt. Es ist bedauerlich, dass Präsident Putin die Bürgerinnen und Bürger des Landes der Möglichkeit beraubt hat, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerden einzureichen, und so den Zugang der russischen Bürgerinnen und Bürger zu Rechtsmitteln weiter eingeschränkt hat. Trotzdem gibt es mutige Einzelpersonen in Russland, wie die Journalistin Marina Owsjannikowa, die gegen die offizielle Propaganda aufbegehren. Wir zollen all denen, die in Russland unter großem persönlichen Risiko die Werte der Demokratie, der Freiheit und des Friedens verteidigen, unsere Anerkennung für ihren Mut und unterstreichen, wie wichtig es ist, die Propagandakampagne durch Aufklärung der russischen Bevölkerung über den Krieg in der Ukraine zu bekämpfen.

Herr Vorsitzender, um es klar zu sagen: der Einsatz chemischer und biologischer Waffen, wo auch immer, wann auch immer, von wem auch immer und unter welchen Umständen auch immer, ist nicht hinnehmbar und verstößt gegen das Völkerrecht, das den Einsatz solcher Waffen verbietet. Die Desinformationsversuche Russlands über Biolabore und chemische Waffen in der Ukraine sind haltlos und unglaubwürdig. Die Ukraine hat ihre Verpflichtungen aus der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und gegenüber einer Reihe anderer Organisationen, darunter die OSZE, getreu umgesetzt, und die Europäische Union hat diesbezüglich Hilfestellung geleistet. Im Falle eines biologischen oder chemischen Zwischenfalls trüge Russland die volle Verantwortung.

Die Europäische Union und ihre transatlantischen und gleichgesinnten Partner haben entschlossen und auf beispiellose Weise auf die russische Aggression reagiert, indem sie diejenigen, die für diesen rechtswidrigen Angriff die Verantwortung tragen, mit den umfassendsten und härtesten Sanktionspaketen in der Geschichte unserer Union ins Visier nehmen. Wir haben auch Schlüsselpersonen in Belarus für ihre Beteiligung bei der Erleichterung der russischen militärischen Aggression von belarussischem Hoheitsgebiet aus mit Sanktionen belegt. Wir sind bereit, weitere restriktive Maßnahmen zu verabschieden, sollte Präsident Putin nicht Halt machen und seine militärische Aggression nicht zurücknehmen.

Die Europäische Union bekräftigt ihre unerschütterliche Unterstützung und ihr entschlossenes Eintreten für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer. Die Ukraine hat wie jeder souveräne Staat das naturgegebene Recht, über ihre eigene Zukunft und ihr Schicksal selbst zu bestimmen. In dieser schwierigen Zeit stehen wir an der Seite des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und

Vertreter. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden weiterhin koordinierte politische, finanzielle, materielle und humanitäre Unterstützung leisten und auch denen, die vor dem Krieg flüchten, Schutz gewähren. Wir sind auch dem Ziel verpflichtet, Unterstützung für den Wiederaufbau einer demokratischen Ukraine zu leisten, sobald der russische Angriff abgewehrt sein wird. Die Ukraine gehört zu unserer europäischen Familie.

Ich bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke.

Ich möchte gleich zu Beginn darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Herr Vorsitzender,

im Namen Kanadas möchte ich dem leitenden Beobachter Çevik und seinem gesamten Team für ihren engagierten Einsatz für die Sonderbeobachtermission in der Ukraine und ihre langjährige Arbeit zur Erhöhung von Transparenz und zum Abbau von Spannungen in der Ukraine von ganzem Herzen danken. Danke auch, lieber Halit, für die Bemühungen um die Evakuierung der Missionsmitglieder, die in der Lage waren, die Konfliktzone zu verlassen und für deine fortlaufende Unterstützung der nationalen Missionsmitglieder, die noch vor Ort sind.

Herr Vorsitzender,

heute vor einem Monat hat Präsident Putin diesen Krieg begonnen. Ein Monat des Beschusses von Krankenhäusern, des Tötens unschuldiger Zivilpersonen, der Angriffe auf kritische und zivile Infrastruktur und der Begehung möglicher Kriegsverbrechen. Die Lage in Mariupol ist eine humanitäre Katastrophe, die allein von den Aktionen des russischen Militärs verursacht wurde, das die Stadt weiter zerstört und humanitäre Hilfe verhindert. Den Blutzoll, den die Menschen und Städte der Ukraine zu entrichten haben, ist schrecklich und unbestreitbar, wie es unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine und der Europäischen Union gerade überzeugend beschrieben haben. Ich unterstütze ihre Erklärungen voll und ganz.

Auch die Entschlossenheit und Widerstandsfähigkeit des ukrainischen Volkes angesichts des Schreckens, der über es gebracht wurde, ist unbestreitbar. Der von Putin erwartete kurze, siegreiche Krieg und eine rasche ukrainische Kapitulation haben sich als illusorisch erwiesen. Tag für Tag, Woche für Woche stellen die Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Bereitschaft unter Beweis, ihre Freiheit und Heimat zu verteidigen. Das Beispiel an Mut und Opferbereitschaft der Ukraine in ihrer dunkelsten Stunde bietet uns allen Grund zur Demut.

Angesichts dieses Widerstands ist es zunehmend offensichtlich geworden, dass Putins Krieg nur zu weiterer Zerstörung führen kann – nicht nur für die Ukraine, sondern auch für das russische Volk. In Anbetracht der schweren Verluste und der Gefallenen hat Putin nicht nur seine strategischen Ziele in diesem Krieg verfehlt, den alle Russinnen und Russen seiner Anordnung nach als „militärische Spezialoperation“ bezeichnen müssen, sondern auch die Kosten, die er im eigenen Land für die russische Wirtschaft und die russischen Bürgerinnen und Bürger verursacht hat, waren beträchtlich. Innerhalb nur eines Monats ist Russland infolge des brutalen Kriegs Putins gegen die Ukraine zu dem weltweit mit den meisten Sanktionen belegten Land geworden. Infolge von Putins Kriegs gegen die Ukraine ist Russland mit einer massiven Kapitalflucht, nahezu vollständig ausbleibenden ausländischen Investitionen und der Schließung seiner Börse für fast einen ganzen Monat konfrontiert. Infolge des Kriegs von Putin gegen die Ukraine erleben die Russinnen und Russen eine extreme Inflation und einen Warenmangel, da sich hunderte namhafte Unternehmen aus dem Land zurückziehen. Infolge des Kriegs von Putin gegen die Ukraine, wurde der Luftraum für russische Fluggesellschaften geschlossen, Ersatzteile sind immer seltener verfügbar, und die Fluchtwege für Russinnen und Russen sind folglich eingeschränkt. Wir sehen, wie hunderte tausende Russinnen und Russen fliehen. Sie fliehen vor der Unterdrückung durch Putin und der zunehmenden Unmöglichkeit einer Zukunft für sie in Russland. Dies hätte nicht passieren müssen. Allein Putin hat das russische Volk in diese Lage gebracht. Die Verantwortung für die Folgen seines Vorgehens trägt er selbst.

Herr Vorsitzender,

im Zuge des Einmarsches Putins und des fortgesetzten tapferen Widerstands des ukrainischen Volkes gegen diesen brutalen Krieg geht der Kreml immer härter gegen kritische Stimmen und den freien Informationsfluss vor. Bei Protesten werden Tausende Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner festgenommen, und Social-Media-Plattformen werden verboten. Der Kreml hat lange Freiheitsstrafen für ihm nicht genehme Berichterstattung über den Krieg eingeführt – ein weiterer Versuch, die totale Kontrolle über das Narrativ im Land zu erlangen. Die Wahrheit selbst wird als „extremistisch“ bezeichnet, und gegen politische Gegner werden willkürlich ungerechtfertigte Gerichtsurteile verhängt. Trotzdem greifen die Russinnen und Russen auf unabhängige Medien außerhalb des Landes zu. Sie erfahren die Fakten über die Bombardierung ukrainischer Städte und die Tötung von Zivilpersonen durch das russische Militär. Sie müssen die Zerstörung mehrheitlich russischsprachiger Städte wie Charkiw und Mariupol mit den Behauptungen des Kremls, einen „Völkermord“ an der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine „zu verhindern“, in Einklang bringen. Das Narrativ des Kremls kann letztlich nicht gegen die Wahrheit bestehen.

Herr Vorsitzender,

Präsident Putin wird dem russischen Volk nur mehr Verluste zufügen, je länger dieser Krieg gegen die Ukraine andauert. Die massiven Verluste und katastrophalen Kosten, die er dem ukrainischen Volk auferlegt, sind erschreckend. Das ukrainische Volk sollte ob der Versuche eines Mannes, einen neoimperialistischen Wunschtraum wiederzubeleben, nicht seine Zukunft einbüßen müssen, und das russische Volk auch nicht.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Heute ist der 29. Tag des hinterhältigen und unprovzierten Krieges von Präsident Putin gegen die Ukraine. Wir haben einen Monat des Leids erlebt. Einen Monat, in dem Kinder zu Waisen wurden. Einen Monat brutaler Grausamkeit gegen friedliche Bürgerinnen und Bürger.

Über 3,5 Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen. Über zehn Millionen wurden zu Binnenvertriebenen. Zur Stunde kauern zahllose Familien in Luftschutzkellern ohne Heizung, Wasser oder Essen. Mütter trösten ihre hungrigen kleinen Kinder, während darüber die Explosionen erschallen.

Auf der anderen Seite der Grenze spricht das Staatsoberhaupt zu einer Menschenmenge, die mit Bussen in ein Stadion gebracht wurde. Er trägt eine teure Jacke aus einem der feinsten europäischen Geschäfte. Das Symbol „Z“ prangt überall – das neue und berüchtigte Symbol dieses grausamen Krieges. Auf einem großen Plakat steht: „Für eine Welt ohne Nazismus“.

Wie mein ukrainischer Kollege erklärte, starb unterdessen am 18. März Boris Romantschenko, ein 96-jähriger Holocaust-Überlebender, der in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern in Peenemünde, Dora, Buchenwald und Bergen-Belsen inhaftiert gewesen war, in seinem Zuhause in Charkiw durch russischen Beschuss.

Welcher Zynismus, welche moralische Leere, welche abgestumpften menschlichen Emotionen erlauben es den Vertreterinnen und Vertretern Russlands, dies zu tun und gleichzeitig zu einer „Welt ohne Nazismus“ aufzurufen?

Herr Vorsitzender, erlauben Sie mir, an die vor Jahrzehnten geschriebenen, doch auf furchtbare Weise aktuellen Worte des großen russischen Dichters und Nobelpreisträgers Joseph Brodsky zu erinnern. In Bezug auf historische Rechtfertigungen für Kriege schrieb Brodsky:

„Sich hier auf die Geschichte zu berufen, ist barer Unsinn. Immer wenn jemand auf den Abzug drückt, um einen historischen Fehler zu berichtigen, lügt er (...). Der Abzug wird immer aus Eigeninteresse betätigt und die Geschichte zitiert, um der Verantwortung auszuweichen und Gewissensbisse zu vermeiden. Keiner verfügt über genügend retrospektive Fähigkeiten, um seine Taten zu rechtfertigen – besonders Mord.“

Wir alle sollten diese Warnung beherzigen.

Herr Vorsitzender, Russland hat mit seinem Beschuss und seinen Bombardierungen viele der einst lebendigen Städte der Ukraine in Schutt und Asche gelegt. Russische Soldaten haben Geschäfte und Privathäuser dreist geplündert. Und Russland lügt die Welt weiter an, während es seinen Angriffskrieg fortsetzt, einen Angriffskrieg, wie ihn Europa seit 1945 nicht mehr gesehen hat.

In Kyjiw, mitten auf der Siegesallee (prospekt peremohy), steht ein Obelisk mit der Inschrift: Der Heldenstadt Kyjiw gewidmet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erklärte die Sowjetunion Kyjiw, Sewastopol und Odessa wegen ihres erbitterten Widerstands gegen die nationalsozialistischen Invasoren, für den sie einen hohen Preis bezahlten, zu „Heldensstädten“. Heute wird diese Liste um die Städte Charkiw, Tschernihiw, Mariupol, Cherson, Hostomel und Wolnowacha ergänzt. Orte wie Sumy und Irpin sind der Welt nun vertraut. Der ukrainische Widerstand in diesen und anderen Städten, Ortschaften und Dörfern war unnachgiebig. Es war inspirierend. Es war auch tragisch. Und es hätte nicht sein müssen.

Im absoluten Gegensatz zu den vielen Beispielen des Heldentums der ukrainischen Streitkräfte und einfachen Bürgerinnen und Bürgern stehen die Manifestationen der barbarischen und stümperhaften Invasion Russlands, voller Gewalt, Entführungen und Einschüchterung der Zivilbevölkerung, kommunaler Führungspersönlichkeiten, von Journalistinnen und Journalisten und Geistlicher. Es gibt Berichte über die Zwangsumsiedlung der Zivilbevölkerung, darunter auch Kinder, aus der Ukraine nach Russland, sowie Berichte über Entführungen von demokratisch gewählten Amtspersonen, Journalistinnen und Journalisten und anderen, die es wagen, gegen die Aggression Russlands Stellung zu beziehen. Der Redakteur des Medienunternehmens „Novy Den“ wurde am 12. März in Kachowna entführt. Er berichtete, dass ihn seine Entführer „brechen“ wollten, um allen Journalistinnen und Journalisten die Botschaft zu senden, dass sie „zugrunde gerichtet werden“ würden. Es ist offensichtlich, dass sich der Kreml verzweifelt vor der Wahrheit fürchtet. Aber die Wahrheit wird ans Licht kommen. Und diejenigen, die versuchen, diesen üblen Krieg zu rechtfertigen, werden diese Last für immer zu tragen haben, wie zynisch und grausam auch immer sie sein mögen und wie gründlich auch immer die Gehirnwäsche bei ihnen wirken mag.

Herr Vorsitzender, wie Außenminister Blinken gestern erklärte, haben die russischen Streitkräfte nach Einschätzung der Vereinigten Staaten in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen. Diese ernüchternde Bewertung beruht auf einer sorgfältigen Überprüfung von Informationen aus öffentlich und nachrichtendienstlichen Quellen. Wir setzen uns dafür ein, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und nutzen alle Instrumente, die zur Verfügung stehen. Deshalb haben wir gemeinsam mit 44 anderen OSZE-Teilnehmerstaaten eine Expertenmission eingerichtet – mit Unterstützung der Ukraine. Die Mission wird Informationen für internationale Mechanismen der Rechenschaftspflicht, darunter gegebenenfalls strafrechtliche Verfahren, zur Verfügung stellen.

Die Welt wird Russland für seine Handlungen in der Ukraine zur Rechenschaft ziehen. Wir haben Videos gesehen, die zeigen, wie russische Streitkräfte auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, Pflegeheime, Krankenhäuser, Einkaufszentren, Schulen und Kirchen feuern. In Berdjansk nahmen russische Truppen am 18. März Oleh Nikolajew, einen orthodoxen Priester, fest und verbrachten ihn an einen unbekanntem Ort. Er wird immer noch vermisst. Nach Berichten nichtstaatlicher Organisationen wurden im letzten Monat bei russischen Angriffen mindestens 28 Gotteshäuser oder Kultstätten getroffen, darunter orthodoxe Kathedralen, die Synagoge in Charkiw und Moscheen in Kostjantyniwka und Mariupol.

Herr Vorsitzender, die russischen Streitkräfte haben Kernkraftwerke und Chemie-fabriken beschossen, ohne sich im Geringsten darum zu scheren, welche ökologische und humanitäre Katastrophe sie damit in Kauf nehmen. Die russischen Streitkräfte haben ukrainische und internationale Journalistinnen und Journalisten getötet und verletzt. Es gibt Berichte über Vergewaltigungen durch die russischen Streitkräfte. Es scheint, als sinke die Russische Föderation jeden Tag tiefer.

Es ist nicht schwierig zu verstehen, warum die Menschen in der Ukraine so heftigen Widerstand geleistet haben – Russland versucht ihr Land von der Landkarte zu tilgen und dabei die Arbeit der vergangenen und heutigen Generation zu zerstören.

Doch Russland wird scheitern. Die Ukraine wird siegen. Und die Vereinigten Staaten werden Kurs halten und der Ukraine sicherheitstechnische und humanitäre Hilfe in beispiel-loser Menge zur Verfügung stellen, so lange es nötig ist. Die Sanktionen gegen Russland haben bereits seine Wirtschaft lahmgelegt und es aus dem internationalen Finanzsystem ausgeschlossen. Russland und Belarus sind Paria-Staaten. Und es blüht ihnen noch Schlimmeres, wenn sie ihren Kurs nicht ändern.

Während wir hier in Wien zusammenkommen, hält die NATO als Reaktion auf die brutale Aggression Russlands einen Sondergipfel ab. Nach dem Gipfel wird Präsident Biden gemeinsam mit den G7-Staats- und Regierungschefs vor dem Europäischen Rat sprechen. Die Staats- und Regierungschefs der NATO, der G7 und der Europäischen Union werden weiterhin ein klares und vereintes Signal an Russland senden, dass wir geeinter sind denn je und entschlossen, die Ukraine dabei zu unterstützen, sich gegen diese unprovizierte Aggression zu verteidigen, die Kriegsmaschinerie Russlands zu schwächen, die Menschenrechte in der Ukraine und den Nachbarländern zu verteidigen und die NATO zu stärken, indem wir unser Dispositiv an der Ostflanke verstärken.

Dieser Krieg dauert erst einen Monat – und ist doch bereits ein Schandmal. das der Kreml-Führung in alle Ewigkeit anhaften wird. Den Vertreterinnen und Vertretern der Russischen Föderation sage ich: beenden Sie sofort diesen Krieg, retten Sie das Leben Ihrer eigenen Soldaten – der vielen jungen Wehrpflichtigen, die getäuscht und in den Kampf geschickt wurden, mitunter gegen ihre eigenen Verwandten – und setzen sie diesem sinnlosen Leid ein Ende. Sie töten und plündern nicht nur einen friedlichen Nachbarn, Sie ruinieren Ihr eigenes Land. Beenden Sie diesen Krieg jetzt.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich bin Botschafter Çevik für seine Unterrichtung des Ständigen Rates diesen Morgen dankbar. Ich möchte ihn bitten, seinem gesamten Personal – sowohl den internationalen als auch den ukrainischen Missionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern den aufrichtigen Dank des Vereinigten Königreichs für alles, was sie für uns getan haben und weiterhin tun, auszurichten. Die Erfahrung, das Fachwissen und die Kontakte, die von der Sonderbeobachtermission in der Ukraine in den vergangenen acht Jahren gewonnen und aufgebaut wurden, sind nach wie vor von unschätzbarem Wert. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch persönlich und im Namen meiner Delegation meine Anteilnahme angesichts des Todes von Maryna Fenina zum Ausdruck bringen – unsere Gedanken sind bei ihr und allen ukrainischen Opfern der russischen Aggression.

Herr Vorsitzender, heute ist es genau einen Monat her, dass Präsident Putin beschlossen hat, gegen die Ukraine Krieg zu führen.

Vor einem Monat, in den frühen Morgenstunden am Donnerstag, dem 24. Februar, fielen die ersten Bomben auf ukrainische Städte, und in den Nachrichten wurde berichtet, dass Russland mit dem vorsätzlichen, unprovokierten und völlig ungerechtfertigten Einmarsch in sein souveränes, demokratisches Nachbarland begonnen hatte. Am selben Tag schloss sich meine Außenministerin Dutzenden anderen in genau diesem Rat an und verurteilte Russlands Verletzung der grundlegendsten Prinzipien der VN-Charta und des Völkerrechts und seine eklatante Missachtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen.

Die russische Regierung behauptete, ihr Vorgehen solle Frieden stiften. In Wahrheit begann sie einen Angriffskrieg.

Leider wurde in den darauffolgenden Tagen glasklar, dass Russland das humanitäre Völkerrecht missachtet und willens ist, unterschiedslos zivile Gebiete anzugreifen. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung stieg rasch, als Berichte darüber eintrafen, dass das russische Militär Wohnanlagen, Schulen und Krankenhäuser in Kyjiw, Charkiw, Sumy, Tschernihiw, Mariupol und an vielen anderen Orten bombardiert.

Die russische Regierung behauptete fälschlicherweise, sie schütze mit ihrem Vorgehen die Menschen in den Regionen Donezk und Luhansk – stattdessen brachte sie ein Höllenfeuer über die Menschen in Mariupol und in Ortschaften und Städten überall in der Ukraine.

Im Versuch, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, forderten am 27. Februar 45 OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter das Vereinigte Königreich und der OSZE-Vorsitz Polen, die russische Regierung auf, eine humanitäre Feuerpause umzusetzen. Beschämenderweise wurde dieser Appell nicht nur ignoriert, sondern es kamen auch Beweise ans Licht, dass Russland vereinbarte Evakuierungskorridore angegriffen hat – wobei es gerade die schutzbedürftigsten Zivilpersonen attackierte, die versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Die russische Regierung behauptete, das humanitäre Völkerrecht zu achten – stattdessen beging sie Gräueltaten an der Zivilbevölkerung.

Im weiteren Verlauf von Russlands Angriffskrieg haben wir weitere Beweise für die Verantwortungslosigkeit Russlands und seine Bereitschaft erhalten, nicht nur Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern alle Menschen in Europa in Gefahr zu bringen. Russland besetzte das Kernkraftwerk Tschernobyl – wobei es die wichtige Arbeit des ukrainischen Personals störte, das für die Sicherheit des Geländes sorgt, und tagelang dessen Ablösung durch Kolleginnen und Kollegen verhinderte. Mit dem Beschuss des größten Atomkraftwerks Europas in Saporischschja wurde Russland zum ersten Staat, der ein in Betrieb befindliches Kernkraftwerk angegriffen hat.

Herr Vorsitzender,

leider sind dies nur einige der vielen abscheulichen Taten der russischen Regierung, die wir im letzten Monat erleben mussten. Es gab viele andere, die ich hätte aufzählen können.

Die russische Delegation kann weiterhin versuchen, uns zu verwirren und von den Handlungen ihrer Regierung abzulenken. Doch das ist zwecklos. Niemand glaubt ihr.

Stattdessen sollten unsere Kolleginnen und Kollegen darüber nachdenken, was sie hier eigentlich verteidigen und ihrer Regierung in Moskau erklären, dass sie niemals Erfolg haben wird – weder mit Präsident Putins sinnlosem Krieg noch bei ihren Versuchen, Desinformation über diesen Krieg zu verbreiten.

Was also, Herr Vorsitzender, sollte die russische Regierung tun? Oder vielmehr: was muss die russische Regierung tun?

Sie muss das humanitäre Völkerrecht einhalten:

- Zivilpersonen muss die Evakuierung in die von ihnen gewünschte Richtung erlaubt werden – und sie dürfen nicht gewaltsam nach Russland verschleppt werden, wie nun schockierender Weise berichtet wird.

- Internationalen Organisationen, auch der OSZE, muss die sichere Durchfahrt in der gesamten Ukraine gewährt werden. Russland muss die Lieferung humanitärer Hilfe zulassen.
- Russland muss aufhören, Zivilpersonen und zivile Gebiete anzugreifen – das humanitäre Völkerrecht ist in dieser Hinsicht strikt und eindeutig.

Herr Vorsitzender,

die oben beschriebenen Schritte Russlands sind aus humanitären Gründen dringend erforderlich, doch sie wären nicht länger notwendig, wenn Russland einfach unverzüglich diesen sinnlosen Krieg beendete. Die russische Regierung hat sich bewusst entschieden, diesen Krieg zu führen, unter Verletzung des Völkerrechts; sie kann und muss das Völkerrecht achten und ihn beenden.

Schließlich, Herr Vorsitzender, muss Russland zur Achtung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, die für unser aller Sicherheit sorgen, zurückkehren. Es muss die Souveränität und territoriale Unversehrtheit seines Nachbarn, der Ukraine, achten. Es muss alle seine Truppen abziehen und alle ukrainischen Gebiete unter die rechtmäßige Kontrolle der ukrainischen Regierung zurückgeben, auch die Krim und die ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk.

Die russische Regierung hat sich durch ihre eigenen Handlungen selbst zu einem internationalen Paria gemacht – je länger sie diesen selbst gewählten Krieg fortführt, desto länger wird sie ein Paria bleiben.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beifügen zu lassen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte ihr als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte ich Botschafter Çevik für seine heutige Unterrichtung danken und der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) für ihre wertvolle Arbeit, die sie vor Ort geleistet hat, insbesondere während dieser schrecklichen Tage und Wochen, die auf die russische Invasion folgten, meine Anerkennung aussprechen. Botschafter Çevik, ich möchte Ihnen, ebenso wie die Generalsekretärin und der polnische OSZE-Vorsitz, für alle Ihre Anstrengungen zur Gewährleistung der sicheren Evakuierung des Missionspersonals, darunter die georgischen Beobachter, meinen Dank aussprechen.

Gemeinsam mit Ihnen betrauern wir den Tod der Personalangehörigen der SMM Maryna Fenina, die beim Beschuss von Charkiw am 1. März getötet wurde, und wir danken Ihnen für Ihre fortgesetzte Unterstützung der lokalen Personalangehörigen.

Georgien unterstützt nachdrücklich die Verlängerung des Mandats der SMM über den 31. März hinaus, und wir hoffen, dass die Beobachterinnen und Beobachter und anderen Personalangehörigen bald in der Lage sein werden, an ihre Dienstorte zurückzukehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bereits seit einem Monat bringt Russlands Aggression gegen die Ukraine verheerende Folgen für das ukrainische Volk mit sich.

Die Auswirkungen dieses Angriffskriegs sind bereits auf dem europäischen Kontinent spürbar. Zehn Millionen Zivilpersonen wurden zur Flucht aus ihren Heimstätten in der Ukraine gezwungen, 3,5 Millionen von ihnen haben in Nachbarländern Schutz gesucht. Wir haben es mit einer schweren humanitären Krise zu tun. Zivile Infrastruktur, darunter Entbindungskliniken, Krankenhäuser und Pflegeheime werden brutal und direkt angegriffen, was die Zahl der Opfer vervielfacht. Die Handlungen Russlands stellen eine eklatante

Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, das ausdrücklich Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur verbietet.

Berichten zufolge ist die humanitäre Lage in den Städten Mariupol, Cherson und Sumy katastrophal: Ihre Bewohner sind mit einer bedenklichen und potenziell lebensbedrohlichen Knappheit an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten konfrontiert. Noch erschreckender ist, dass die Angriffe auf Zivilpersonen, die ihre Heimstätten über humanitäre Korridore verlassen, andauern und die Lieferung von dringend benötigten Versorgungsgütern in die belagerten Städte verhindert wird.

Wir verfolgen aufmerksam die Berichte über den zunehmenden Druck auf Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft, der durch die Besatzungskräfte ausgeübt wird, über Entführungen lokaler, demokratisch gewählter Bürgermeister und über Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten. Diese Taten müssen unverzüglich aufhören.

Wir verfolgen auch mit großer Sorge die Umwelt-, Nuklear- und Strahlungssicherheitsrisiken, die von der russischen Aggression verursacht werden. Georgien unterstützt die Bemühungen der Internationalen Atomenergie-Organisation, eingebunden zu werden und die Lage zu stabilisieren, was sehr wichtig ist, um potenzielle Unfälle abzuwenden, die mit einem massiven Risiko für den gesamten Kontinent verbunden wären.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Wir fordern Russland auf, seinen Angriff unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen, die Anordnung des Internationalen Gerichtshofs zu befolgen, alle seine Streitkräfte und Rüstungsgüter aus dem gesamten Hoheitsgebiet des Landes abzuziehen sowie allen internationalen humanitären und Menschenrechtsorganen und -mechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir zunächst, dem Leitenden Beobachter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM), Botschafter Yaşar Halit Çevik, für seine Unterrichtung zu danken.

Wir sind ihm persönlich für seine gewissenhafte und professionelle Führungsrolle bei der sicheren Evakuierung der Beobachterinnen und Beobachter der SMM aus der Ukraine dankbar. Wir danken auch seinem mutigen und engagierten Team, das als letztes evakuiert wurde. Viele Dinge sind leichter gesagt als getan. Der leitende Beobachter, Botschafter Çevik, und sein mutiges Team haben in Zeiten einer beispiellosen Krise eine schwierige Aufgabe erfolgreich erfüllt.

Wie Botschafter Çevik betont hat, ist das ursprüngliche Ziel der SMM, „zum Abbau der Spannungen und zur Förderung des Friedens, der Stabilität und Sicherheit beizutragen“, heute von noch größerer Bedeutung. Die von der Mission gesammelte Erfahrung wird heute dringender gebraucht denn je und wird sicher auch in Zukunft gebraucht werden. Deshalb muss sie als einzigartige Ressource der OSZE erhalten werden. Alle Teilnehmerstaaten sollten den derzeitigen und zukünftigen Status der SMM sorgfältig prüfen.

Wir unterstützen nachdrücklich die Verlängerung des Mandats und des Haushalts der Mission ab 31. März.

Herr Vorsitzender,

seit dem Beginn des unprovokierten, ungerechtfertigten und rechtswidrigen Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine, der eine klare Verletzung des Völkerrechts darstellt, ist ein Monat vergangen.

Zur Stunde spitzt sich die humanitäre Krise in der Ukraine jeden Augenblick weiter zu.

Mehr als 3, 5 Millionen Flüchtlinge waren gezwungen, aus der Ukraine zu fliehen, und es gibt Millionen von Binnenvertriebenen im Land.

Rund 13 Millionen Menschen sind in den Gebieten, die vom Krieg in der Ukraine am stärksten betroffen wurden, in Mitleidenschaft gezogen und benötigen humanitäre Hilfe.

Geschwindigkeit und Heftigkeit der Binnenvertreibung und des Exodus der Flüchtlinge aus der Ukraine und der dadurch entstehende Bedarf an humanitärer Hilfe werden weiter zunehmen. Wir sind darüber zutiefst besorgt.

Dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge „sind viele Menschen nach wie vor in den Gebieten, in denen der Konflikt eskaliert, eingeschlossen und können wegen der unterbrochenen wesentlichen Dienstleistungen ihre Grundbedürfnisse, auch nach Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten, nicht decken.

Insbesondere Kinder befinden sich in einer katastrophalen Lage. Die Gefahren, mit denen so viele Frauen und Kinder derzeit konfrontiert sind, sind durch nichts zu rechtfertigen. Es gibt kein Mittel gegen das Trauma, dem sie ausgesetzt sind.

Am 3. März setzten 45 OSZE-Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus in Gang, „um sich mit den menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen“ der Lage vor Ort „zu befassen“. Wir werden die zukünftigen Ergebnisse dieser Bemühungen verfolgen.

Objekte, die unerlässlich für das Überleben der Zivilbevölkerung sind, und die zivile Infrastruktur müssen unbedingt uneingeschränkt respektiert und geschützt werden.

Laut der Weltgesundheitsorganisation wurden mindestens 24 Gesundheitseinrichtungen angegriffen. Das ist nicht hinnehmbar.

Das ukrainische kulturelle Erbe in allen seinen Formen ist auch bedroht, wie die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) betont hat. Kulturgüter müssen geschützt werden. Mein Land hat die diesbezüglich in der UNESCO getroffene Entscheidung unterstützt.

Herr Vorsitzender,

türkische Institutionen und Organisationen führen weiterhin humanitäre Hilfseinsätze in der Ukraine durch. Ein türkisches Team ist am Grenztor Siret an der ukrainisch-rumänischen Grenze stationiert, um den Bedarf an humanitärer Hilfe in der Ukraine einzuschätzen und die laufenden türkischen Hilfseinsätze zu koordinieren. Bemühungen um weitere Hilfeleistung sind im Gang.

Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, um unsere nachdrückliche und aufrichtige Forderung nach der dringenden und dauerhaften Ausrufung einer Waffenruhe zu bekräftigen. Das ständige Blutvergießen muss beendet werden.

Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir weisen den laufenden Angriff zurück,

ebenso wie die Entscheidung, die sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen, so wie wir auch die rechtswidrige Annexion der Krim zurückgewiesen haben.

Wie viele andere Länder bemüht sich mein Land unermüdlich mit allen Parteien darum, eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen. Wir werden weiterhin entschieden auf Frieden drängen und das Völkerrecht achten. Mein Land wird weiterhin bei allen Gelegenheiten Anstrengungen unternehmen, um einen friedlichen Ausweg aus dieser Lage zu erleichtern.

Wie wir immer betont haben, kennt der Krieg keine Gewinner und der Friede keine Verlierer. Wir hoffen, dass alle laufenden Gespräche den Weg für eine Rückkehr zum Dialog und zur Diplomatie ebnen werden.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke.

Norwegen schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an, erlauben Sie mir jedoch, aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Zunächst möchte ich dem Leitenden Beobachter Çevik für seine Unterrichtung des Ständigen Rates danken. Ich möchte Ihnen und Ihrem Team für Ihre unermüdlichen Anstrengungen bei der Evakuierung der Beobachterinnen und Beobachter und anderen Personalangehörigen der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) meine Anerkennung aussprechen. Immer noch bewundern wir die Professionalität, den Einsatz und den Mut, mit denen das Missionspersonal die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt hat. Wir können uns nach wie vor eine Rolle der SMM in der Ukraine vorstellen. Auf unparteiische und transparente Weise Tatsachen betreffend die Lage vor Ort zu erfassen und zu berichten, wie es die SMM in den vergangenen acht Jahren getan hat, ist immer noch von großer Bedeutung. In der derzeitigen Lage sollten wir von den Ressourcen der Mission vor Ort, von ihrem breiten Fachwissen und ihren Stärken Gebrauch machen, zum Beispiel um die zunehmende humanitäre Krise abzumildern. Wir können uns auch eine Rolle für die SMM vorstellen, sobald die russischen Streitkräfte aus der Ukraine abgezogen sind und erneut Waffenruhen überwacht werden müssen. Wir sind bereit, die Verlängerung des Mandats der SMM zu unterstützen.

Herr Vorsitzender,

Russland hat eine Reihe von Lügen als Vorwand für diesen Krieg vorgebracht, und es scheint, es folgten darauf immer weitere. Die Wahrheit ist, dass nichts in der Ukraine geschehen ist, was einen Angriff durch die Russische Föderation rechtfertigen hätte können. Doch die russischen Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die Wahrheit vor den Menschen in ihrem eigenen Land zu verbergen.

Diese Lügen sollen die Aufmerksamkeit von der Rolle Russlands als Aggressor bei seiner rechtswidrigen Invasion der Ukraine ablenken und die lange Liste der Berichten zufolge von Russland begangenen Kriegsverbrechen, die stündlich größer wird, verschleiern.

Der Zugang zu Informationen ist unerlässlich, um das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung ausüben zu können, nicht zuletzt in Kriegszeiten.

Wir verurteilen die Verabschiedung eines drakonischen Gesetzes durch Russland auf das Allerschärfste, das den Menschen bis zu 15 Jahren Haft androht, wenn sie sogenannte „falsche“ Nachrichten über das Militär verbreiten, wodurch die eigenen Bürgerinnen und Bürger und unabhängige Medienschaffende zum Schweigen gebracht werden. Dieses Gesetz verletzt das Recht der Menschen auf Informationsfreiheit und hindert Journalistinnen und Journalisten und andere Medienschaffende daran, ihre wichtige Arbeit auf unabhängige Weise durchzuführen.

Mehrere unabhängige Medienunternehmen wurden dauerhaft geschlossen, und internationale Medien haben ihren Betrieb in Russland infolge dieser neuen Rechtsvorschrift eingestellt, die alle kriminalisiert, die von den russischen Behörden oder Gerichten als „falsch“ eingestufte Nachrichten verbreiten. Wie medienfeindlich das Klima ist, wurde jüngst erneut unter Beweis gestellt, als die Social-Media-Plattformen Instagram und Facebook als „extremistisch“ eingestuft wurden.

Nun, da die russischen Behörden den Medien verbieten, im Zusammenhang mit dem Krieg das Wort „Krieg“ zu verwenden, hat die Zensur ein absurdes Ausmaß angenommen.

Diese obsessive Unterdrückung von Informationen ist entlarvend: Sie zeigt, in welchem Maße die Behörden die Reaktion der russischen Öffentlichkeit fürchten, wenn sie die Wahrheit über die von den Streitkräften ihres eigenen Landes begangenen Gräueltaten erführe.

Herr Vorsitzender,

der rechtswidrige Krieg Russlands gegen einen anderen OSZE-Teilnehmerstaat stellt eine klare Verletzung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Verbots der Anwendung von Gewalt sowie der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine dar. In der Tat ist Russlands Krieg ein unverhohlener Angriff auf die fundamentalen Verpflichtungen und Grundsätze des Völkerrechts.

Letzte Woche bestätigte dies der Internationale Gerichtshof und ordnete ausdrücklich an, dass Russland seine sogenannte „Militäroperation“ beendet. Auch der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs hat Ermittlungen eingeleitet. Mithilfe verschiedener Verfahren werden Kriegsverbrechen dokumentiert, auch durch den Moskauer Mechanismus der OSZE. Es obliegt uns allen, sicherzustellen, dass Kriegsverbrechen nicht ungestraft bleiben und dass die Täter vor Gericht gebracht werden.

Herr Vorsitzender,

Präsident Putins vorsätzlicher Krieg gegen die Ukraine hat auch für das russische Volk schwerwiegende Folgen.

Wir zollen den Russinnen und Russen, die nach wie vor gegen den Krieg demonstrieren, Respekt für ihren Mut. Wir wissen, dass das, was sie tun, mit hohen persönlichen Risiken für sie selbst verbunden ist.

Herr Vorsitzender,

Norwegen verurteilt Russlands rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir fordern Russland erneut auf, seine Truppen unverzüglich abzuziehen und nicht weiter Tod, Leid und Zerstörung zu stiften.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION PORTUGALS**

Herr Vorsitzender,

Portugal schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, gestatten Sie mir jedoch, aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Heute, am 24. März, ist seit Beginn der brutalen Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation am 24. Februar ein voller Monat vergangen.

Während diesem schandvollen Abschnitt der russischen Geschichte wurden Städte massiv bombardiert; Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Infrastruktureinrichtungen wurden vorsätzlich angegriffen; Hunderte Zivilpersonen wurden getötet und mehr als zehn Millionen Menschen gewaltsam vertrieben, darunter 3,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die in andere Länder fliehen mussten und dadurch zu Flüchtlingen wurden.

Der Internationale Gerichtshof hat bereits angeordnet, dass die Russische Föderation ihre militärischen Operationen in der Ukraine unverzüglich einstellen muss. Darüber hinaus werden die verabscheuungswürdigen Handlungen der Russischen Föderation und konkreter russischer Einzelpersonen in der Ukraine bereits vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht. Diese Handlungen könnten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Wir fordern Russland auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Verpflichtungen zu achten.

Portugal verurteilt den vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Krieg gegen die Ukraine, den die Russische Föderation zusammen mit Belarus als Mittäter begonnen hat, auf das Allerschärfste. Wir bekräftigen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Ukraine. Das portugiesische Volk steht solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, mich den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen António Guterres anzuschließen: „Gebt dem Frieden eine Chance. Zu viele Menschen sind bereits ums Leben gekommen“ und seinen Appell zur Beendigung des „absurden Kriegs“,

den Russlands unprovokierte und nicht zu rechtfertigende militärische Aggression gegen ein friedliches, souveränes und unabhängiges Nachbarland losgetreten hat, hervorzuheben.

Der Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, ist nicht zu gewinnen. Alles, was er zu erreichen vermag, ist eine Verlängerung des jetzt schon bestürzenden menschlichen Leids, das durch Präsident Putins verhängnisvolle Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, verursacht wurde.

Einseitige Aktionen, die gegen die Charta der Vereinten Nationen und grundlegende internationale Normen verstoßen, sind nicht hinnehmbar. Mit der aktuellen Aggression trägt Russland mitnichten seinen Sicherheitsbesorgnissen Rechnung. Vielmehr ist es undenkbar, dass irgendein Teilnehmerstaat sich überhaupt jemals erhoffen können sollte, irgendwelche Sicherheitsfragen mittels militärischer Aggression zu behandeln.

Wir weisen erneut darauf hin, dass die russische Militäroffensive eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und unserer gemeinsam vereinbarten OSZE-Verpflichtungen darstellt, und wir fordern Russland auf, seine Aggression gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir heißen den Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR), Matteo Mecacci, im Ständigen Rat herzlich willkommen. Wir haben seinen Bericht über die Tätigkeit des Büros im Jahr 2021 aufmerksam zur Kenntnis genommen. Wir werden dazu etwas später Stellung nehmen, doch zunächst einige Worte zum aktuellen Stand der Dinge in der Organisation.

Wir sind zutiefst enttäuscht über den voreingenommenen Standpunkt des ODIHR in Bezug auf die Ukraine im Zusammenhang mit der militärischen Spezialoperation, die von Russland seit 24. Februar durchgeführt wird. Die einseitigen, politisierten Pressemitteilungen versuchen nicht einmal, die tieferen Ursachen der Lage kritisch zu hinterfragen. Darüber hinaus verwenden Sie darin, Herr Mecacci, Begriffe wie „bewaffneter Angriff“ oder „bewaffnete Aktionen“ durch Russland gegen die Ukraine. Das ist nicht hinnehmbar. Ganz zu schweigen von groben sachlichen Fehlern – ich möchte nicht annehmen, dass dies vorsätzlich und in Täuschungsabsicht geschieht. Seine letzte Glaubwürdigkeit verspielt das Büro durch die aktive Beteiligung an der Organisation des ersten Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension (Wien, 28. und 29. März), das eine ausgeprägt antirussische Stoßrichtung aufweist.

Dieses Verhalten ist für ein Durchführungsorgan der OSZE unentschuldigbar. Ich möchte Sie daran erinnern, dass alle OSZE-Teilnehmerstaaten dem ODIHR das Mandat für seine Aktivitäten erteilt haben, und nicht nur eine Gruppe von Ländern, deren voreingenommene Einschätzungen schon viele Jahre lang vom Büro wiedergegeben werden. In der Tat erklärt dies das Schweigen der von Ihnen, Herrn Mecacci, geleiteten Institution über die langjährige katastrophale humanitäre Lage im Donbass, die durch das militärische Vorgehen der Streitkräfte und nationalistischen Formationen der Ukraine hervorgerufen wurde.

Um unsere Argumente zu untermauern, beabsichtigen wir in der nahen Zukunft eine eingehende Zusammenstellung konkreter Beispiele von Verletzungen des Völkerrechts durch die ukrainischen Streitkräfte, darunter die Tötung von Minderjährigen, zur Verteilung zu bringen. Wir legen Ihnen nahe, dieses ausgewogene Dokument aufmerksam zu studieren.

Angesichts dieser unwürdigen Pressemitteilungen verwundert die ausbleibende Reaktion seitens des Büros und anderer OSZE-Vertreterinnen und -Vertreter auf die zahlreichen Verletzungen der Rechte von russischen und russischsprachigen Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese grenzenlose Russophobie ist erstaunlich. Bei der von der Föderalagentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden **Mitbürger** und für internationale humanitäre Zusammenarbeit (Rossotrudnitschestwo) eingerichteten Hotline gehen jeden Tag Tausende Berichte über das Mobbing russischer Kinder in Schulen, Entlassungen aufgrund der nationalen Zugehörigkeit, die Zurückweisung russischer Studentinnen und Studenten in westeuropäischen Universitäten und sogar die Verweigerung medizinischer Hilfe ein. Kennt diese fanatische Russophobie keine Grenzen? Wo ist die Reaktion der OSZE auf diese empörenden Fälle? Oder sind unsere Kolleginnen und Kollegen der Ansicht, dies sei auch ein Ausdruck des sprichwörtlichen Rechts auf freie Meinungsäußerung?

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns bei Direktor Mecacci erkundigen, warum die Aussagen des ukrainischen Fernsehmoderators Fachrudin Scharafmal keine Erwähnung finden? Wir erinnern daran, dass er im ukrainischen Fernsehen live zum Mord an russischen Kindern aufgerufen und Nazi-Ideologie, Hass auf andere Volksgruppen und Feindschaft propagiert hat. Wir hoffen, dies liegt nicht an Sympathie für die von dieser Person propagierten Ideen. Schließlich sind alle Voraussetzungen dafür gegeben. Leider hat sich die Geschichte auf dem Treffen des Ständigen Rates am 17. März wiederholt, als die verbrecherischen und menschenverachtenden Ideen der Nazis einmal mehr in den Räumen der Hofburg erklangen. All das bestätigt die unabdingbare Notwendigkeit, sich mit der Frage des Neonazismus zu befassen, insbesondere im Rahmen des jährlichen OSZE-Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension.

Herr Vorsitzender,

nun ein paar Anmerkungen zum Bericht. Wie in der Vergangenheit waren die Aktivitäten des Büros geographisch und thematisch unausgewogen. Das ODIHR war wieder einmal Bannerträger für zweifelhafte extrabudgetäre Projekte wie zum Beispiel den Internationalen Beirat der Überlebenden von Menschenhandel. Die Aktivitäten betreffend die Sammlung von Daten über Hassverbrechen halten einer kritischen Prüfung nicht stand. Wir haben diese Themen bei zahlreichen Gelegenheiten zur Sprache gebracht und werden uns nicht wiederholen.

Gleichzeitig wird zum Beispiel den sozialen und wirtschaftlichen Rechten, Fragen der Staatenlosigkeit, den Rechten von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen und der Nichtdiskriminierung von Christinnen und Christen, auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des Mandats des OSZE-Ministerrats von Basel aus dem Jahr 2014, nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Wir fordern auch ein verstärktes Augenmerk auf das zunehmende Problem der Diskriminierung im Sport.

Was das Thema Wahlen anbelangt, ist es ermutigend zu sehen, dass der Schwerpunkt auf der Kernaktivität des ODIHR, nämlich der Wahlbeobachtung, liegt. Doch trotz der erheblichen Arbeit in diesem Bereich gibt es immer noch viele Schwächen. Wir haben auch wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Beschreibung der Wahlprozesse in den Ländern „westlich und östlich von Wien“ mit zweierlei Maß gemessen wird, und auch auf

das nach wie vor bestehende geografische Ungleichgewicht beim Einsatz und bei der Größe von Missionen. Diese Schlussfolgerung wird auch von den aktuellen Zahlen bestätigt.

Im Jahr 2021 kamen alle sechs breit angelegten Missionen entweder in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder des Balkans zum Einsatz. Wahlprozesse in den Ländern „westlich von Wien“ wurden dagegen entweder in einem eingeschränkten Format oder gar nicht beobachtet. Dies hat zu schwerwiegenden Verzerrungen bei der Finanzierung dieser Aktivitäten geführt: Im Jahr 2021 wurden für die Beobachtung in den westlichen Staaten rund 899 000 Euro zur Verfügung gestellt, während in der ehemaligen Sowjetunion und auf dem Balkan über 4,95 Millionen Euro, 5,5-mal so viel, aufgewendet wurden. Und doch gibt es im Westen nach wie vor ernste Probleme bei den Wahl- und politischen Systemen, zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte, im Medienbereich und so weiter. Vor diesem Hintergrund stellt die vollständige Beobachtung der Willensäußerungen in diesem Teil des OSZE-Gebiets einen echten Mehrwert dar, trotz der Versuche, das Gegenteil zu beweisen, und sich hinter der sogenannten „Goldstandard-Methodik“ zu verstecken, die sich übrigens bereits als völlig wertlos erwiesen hat.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Mecacci, wirksame Schritte zur Lösung der Probleme, die sich angesammelt haben, nicht zuletzt durch die konstruktive Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Die längst überfällige Erarbeitung von Konsensprinzipien für die Wahlbeobachtung wird genau diesem Zweck dienen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, den Text dieser Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.

1364. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

Herr Vorsitzender,

ich heiße Direktor Mecacci herzlich im Ständigen Rat willkommen. Ich danke ihm und dem gesamten Team des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) für ihren umfassenden Jahresbericht 2021.

Leider müssen wir den ODIHR-Bericht heute inmitten einer tiefen humanitären Krise in der Ukraine erörtern. Während Krisen wie dieser sind die Aktivitäten des ODIHR und deren Wirksamkeit wichtiger denn je.

In diesem Sinne sind wir der Auffassung, dass der Moskauer Mechanismus, der von 45 Teilnehmerstaaten, einschließlich meines Landes, in Gang gesetzt wurde, ein nützliches Instrument für die Sammlung und Bewertung von Informationen über humanitäre Fragen und die Menschenrechtslage vor Ort sein wird.

Wir begrüßen die Tatsache, dass das ODIHR eine Reihe von Maßnahmen plant, um den Problemen und Risiken des Menschenhandels, die sich aus der aktuellen Lage in der Ukraine ergeben, zu begegnen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die von uns eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Vertriebene, irreguläre Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende hervorheben. Mein Land beherbergt immer noch die größte Anzahl von Vertriebenen und Flüchtlingen. Wir haben immer betont, wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen, um Menschen aufzunehmen, die vor bewaffneten Konflikten fliehen, und den Ländern, die sie aufnehmen, die notwendige Unterstützung zu gewähren. Nun sind wir erfreut, zu sehen, dass sich die Strategien und Ansätze einiger Teilnehmerstaaten in Bezug auf Flüchtlinge und Asylsuchende verbessert haben.

Wir helfen Ukrainerinnen und Ukrainern und Angehörigen von Drittstaaten während ihrer Evakuierung aus der Ukraine. Über 56 000 Ukrainerinnen und Ukrainer wurden mittels vereinfachter Verfahren in unserem Land aufgenommen. Unsere entsprechenden Institutionen leisten auch humanitäre Hilfe – in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der Ukraine.

Herr Vorsitzender,

es gäbe sicher viele Fragen, die wir im Zusammenhang mit dem ODIHR-Jahresbericht erörtern könnten, doch ich möchte nur einige erwähnen.

Wie wir alle wissen, ist die Wahlbeobachtung einer der bewährten Mechanismen des ODIHR. Die Anwendung einer objektiven und unparteiischen Methodik und die Sicherstellung von Äquidistanz und Konsistenz sind wichtige Aspekte der Wahlbeobachtungsfunktion.

Im Jahr 2021 konnte das ODIHR trotz der Pandemie 19 Wahlen beobachten. Wir würdigen die Arbeit des ODIHR in diesem Bereich.

Die Bekämpfung des Menschenhandels ist ein Bereich, in dem die OSZE über umfangreiches Fachwissen verfügt. Diese Expertise ist während der aktuellen ukrainischen humanitären Krise noch wertvoller geworden.

Da im Jahresbericht des ODIHR auf die nachteiligen Auswirkungen moderner Grenzkontrolltechnologien eingegangen wird, möchte ich betonen, dass herkömmliche Methoden, insbesondere Pushbacks, eine Gefahr für Leib und Leben irregulärer Migrantinnen und Migranten darstellen. Dieser Punkt ist auch unter den derzeitigen Umständen von besonderer Bedeutung.

Wir zollen dem ODIHR unsere Anerkennung für seine Bemühungen im Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung. Wir messen der Zusammenarbeit des ODIHR mit den drei persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden und der Unterstützung, die es diesen zukommen lässt, großen Wert bei.

Wir wissen den 15. jährlichen ODIHR-Bericht zu Hassverbrechen, eine Zusammenstellung von Hassverbrechen im OSZE-Raum, zu schätzen, denn die Sammlung von Daten ist wichtig, um sich eine Bild der aktuellen Lage zu machen und geeignete Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Was die politische Teilhabe von Frauen betrifft, so scheint sich die Lage im OSZE-Raum verbessert zu haben. Aus dem Jahresbericht geht hervor, dass Ende 2021 Frauen zum ersten Mal mehr als 30 Prozent der Parlamentsabgeordneten im OSZE-Raum stellten.

Wir begrüßen diesen Fortschritt.

Erlauben Sie mir auch zu betonen, dass türkische Frauen seit 1934 das aktive und passive Wahlrecht besitzen. Obwohl in diesem Bereich noch viel Arbeit vor uns liegt, ist die Zahl von Politikerinnen in meinem Land sukzessive gestiegen.

Aus dem ODIHR-Bericht geht auch hervor, dass Frauen in der Justiz in den Teilnehmerstaaten oft unterrepräsentiert sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass derzeit drei von fünf Richtern und Staatsanwälten in meinem Land Frauen sind.

Herr Vorsitzender,

die Anleitung und Hilfestellung des ODIHR bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension sind für alle Teilnehmerstaaten von großer Bedeutung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unseren Standpunkt wiederholen, dass Treffen zur menschlichen Dimension Plattformen für den Meinungsaustausch und den Dialog mit der Zivilgesellschaft bleiben sollten. Doch die klaren Bestimmungen in Kapitel IV Absatz 16 des Helsinki-Dokuments 1992 sollten nicht missachtet werden. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass dem ODIHR diesbezüglich wichtige Aufgaben zukommen.

Es liegt in der Verantwortung der Teilnehmerstaaten, den Betrieb des ODIHR sicherzustellen, indem es das Büro mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstattet. Ich möchte unsere Unterstützung für das Mandat des ODIHR und unsere Entschlossenheit, mit ihm zusammenzuarbeiten, bekräftigen.

Abschließend wünsche ich Ihnen, Herr Mecacci, und Ihrem Team viel Erfolg bei ihrer zukünftigen Arbeit.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES HEILIGEN STUHLS**

Herr Vorsitzender,

ebenso wie die anderen Delegationen heißt auch die Delegation des Heiligen Stuhls Matteo Mecacci, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), erneut herzlich im Ständigen Rat willkommen und dankt ihm für seine Ausführungen sowie für die zeitgerechte Übermittlung des ODIHR-Jahresberichts für 2021.

Dieser Bericht, der ein breites Spektrum von Programmen und Aktivitäten behandelt, zeigt, dass das ODIHR einer der wichtigsten Partner der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension ist. Das ODIHR bietet ihnen Hilfestellung, Fachwissen und Unterstützung.

Diese Tätigkeit dient letztlich dazu, umfassende und kooperative Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok zu erreichen, denn – wie es in Prinzip VII des Dekalogs von Helsinki unterstrichen wird – ist die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten „ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen [...], die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen [d. h. den Teilnehmerstaaten, Anm.] sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten“.

In diesem Zusammenhang möchte meine Delegation dem ODIHR dafür danken, dass es die Kontinuität seiner Aktivitäten auch während der COVID-19-Pandemie sichergestellt hat und bereit war, auf jedes Ersuchen mit angemessener Hilfestellung und Unterstützung einzugehen.

Der Heilige Stuhl begrüßt den Hinweis in dem Bericht auf die Verpflichtung toleranter und inklusiver Gesellschaften zum Schutz „religiöser Minderheiten und Mehrheiten“. In den letzten Jahren hat meine Delegation wiederholt auf Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie auf Hassverbrechen aufmerksam gemacht, die sich gegen religiöse Gemeinschaften richteten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass allen

Formen von religiöser Intoleranz und Diskriminierung, deren Opfer „sowohl aus Minderheiten als auch aus der Mehrheitsbevölkerung kommen können“¹, die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird.

Daher ist meine Delegation weiterhin zuversichtlich, dass das ODIHR, gestützt auf die Erfahrungen aus der bereits geleisteten Arbeit betreffend die Sicherheitsbedürfnisse jüdischer und muslimischer Gemeinschaften², ähnliche Tätigkeiten in Bezug auf die Sicherheitsbedürfnisse der christlichen Gemeinschaften entfalten wird. Diese Arbeit könnte durch die Ausarbeitung von Richtlinien für Pädagoginnen und Pädagogen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christinnen und Christen deutlich vorangebracht werden.

Darüber hinaus würdigt der Heilige Stuhl die in dem Bericht hervorgehobenen Bemühungen, die eine echte und authentische Gleichstellung von Frauen und Männern fördern. Dazu gehört die Förderung der Chancengleichheit von Frauen im Rahmen der Aktivitäten des ODIHR sowie die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt jeglicher Art, einschließlich jener Formen von Gewalt, die als Folgen von Kriegen auftreten, insbesondere der erhöhten Gefährdung durch Belästigung und sexuelle Gewalt.

Die Beteiligung und Einbindung von Frauen in allen Bereichen des kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens kann einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung von dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Sicherheit leisten und sollte, wo auch immer möglich, gefördert werden.

Abschließend möchte meine Delegation Herrn Mecacci noch einmal für seine Führungsstärke und seine Anstrengungen danken, wünscht ihm viel Erfolg bei der Erfüllung des ihm von den Teilnehmerstaaten übertragenen Mandats und versichert ihn ihrer ständigen Bereitschaft zum konstruktiven Dialog und zur Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse.

Herr Vorsitzender,

es wäre eine sträfliche Unterlassung meinerseits, die Lage in der Ukraine unerwähnt zu lassen.

Wir sind Zeugen einer gewaltsamen Aggression gegen einen Teilnehmerstaat, bei der es „sich nicht nur um eine Militäroperation, sondern um einen Krieg [handelt]“.³ Wir müssen erkennen, welch sinnloses Gemetzel sich hier abspielt. Jeden Tag gibt es weitere Massaker und Gräueltaten, einschließlich „der Tötung von Kindern, von unschuldigen Menschen und von wehrlosen Zivilisten“⁴ sowie der Zerstörung ihrer Städte. Die Zahl der Opfer steigt in alarmierendem Tempo, ebenso die Zahl der Menschen, die fliehen, insbesondere der Mütter und Kinder – ganz zu schweigen von denjenigen, die nicht einmal die Möglichkeit haben zu

1 Beschluss Nr. 9/09 des Ministerrats der OSZE über die Bekämpfung von Hassverbrechen.

2 OSZE/ODIHR, „Antisemitischen Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinschaften schützen: Ein Leitfaden“ (2017); OSZE/ODIHR, „Antimuslimischen Hassverbrechen begegnen – muslimische Gemeinschaften schützen: Ein Leitfaden“ (2020).

3 Papst Franziskus, Appell nach dem Angelus, Vatikan, 6. März 2022.

4 Papst Franziskus, Appell nach dem Angelus, Vatikan, 13. März 2022.

fliehen und nun verhungern und verdursten: „Viele kranke und arme Großeltern, die von ihren Familien getrennt sind, viele Kinder und schwache Menschen bleiben zurück, um unter den Bomben zu sterben, ohne dass ihnen geholfen wird und ohne selbst in den Luftschutzkellern Schutz zu finden.“⁵ Papst Franziskus fand klare Worte: „All das ist unmenschlich! Ja, es ist sogar ein Sakrileg, denn es richtet sich gegen die Heiligkeit des menschlichen Lebens, vor allem gegen das wehrlose menschliche Leben, das es zu achten und zu beschützen, nicht aber zu beseitigen gilt, und das den Vortritt vor jeder Strategie hat!“⁶

Gestern ergriff Papst Franziskus erneut das Wort, um der vielen Opfer des Konflikts zu gedenken, und erinnerte daran, dass es in einem Krieg „keinen Sieg“ gebe. Vielmehr erleide im Krieg „alles [...] eine Niederlage“, sei doch der Krieg selbst nichts anderes als „eine Niederlage für die Menschheit“.⁷

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Aufforderung des Heiligen Stuhls zu einer sofortigen Waffenruhe, zur Achtung der ganz grundlegenden Menschenrechte, zur Öffnung humanitärer Korridore und zur Sicherung des Zugangs zu diesen sowie zu einem echten und entschlossenen Fokus auf Verhandlungen zu wiederholen, die, wie wir hoffen, diesen Krieg beenden und zu einem dauerhaften und gerechten Frieden führen werden.

Herr Vorsitzender,

es ist weder Aufgabe noch Wunsch des Heiligen Stuhls, sich in Fragen rein politischer oder militärischer Natur einzumischen. Meine Delegation sieht es vielmehr als ihre Pflicht an, an unsere gemeinsamen Fundamente zu erinnern, Früchte eines Aufbauwerks, das wir vor 50 Jahren mit den Erörterungen begonnen haben, die letztlich zur Schlussakte von Helsinki führten. Meine Delegation ist zutiefst besorgt über Form und Inhalt der Diskussionen während der letzten Sitzungen des Ständigen Rates. Ist es nicht das Ziel unserer Organisation, zu Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit beizutragen und an einem Strang zu ziehen, um Probleme, die uns trennen könnten, gemeinsam in Angriff zu nehmen und so im Interesse der Menschheit zusammenzuarbeiten? Haben wir nicht vereinbart, gegenseitig unsere souveräne Gleichheit und Individualität, unsere territoriale Integrität sowie Freiheit und politische Unabhängigkeit zu achten? Wir müssen doch dem Ziel verpflichtet sein, Streitfälle zwischen einander mit friedlichen Mitteln auf solche Weise zu regeln, dass der internationale Frieden und die internationale Sicherheit sowie die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Lassen wir nicht zu, dass der Krieg in der Ukraine unsere gemeinsame Vision zerstört – lassen wir uns vielmehr wieder von dieser Vision leiten und dementsprechend all unsere Anstrengungen und all unseren guten Willen darauf richten, diesen Krieg zu beenden und das Leiden der Menschen in der Ukraine zu beenden.

Danke, Herr Vorsitzender.

5 Papst Franziskus, Appell nach dem Angelus, Vatikan, 20. März 2022.

6 Papst Franziskus, Appell nach dem Angelus, Vatikan, 20. März 2022.

7 Papst Franziskus, Generalaudienz, Vatikan, 23. März 2022.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KASACHSTANS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Meine Delegation heißt Herrn Mecacci und sein Team erneut im Ständigen Rat willkommen und dankt ihnen für den Jahresbericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). Wir wissen die Bemühungen zu schätzen, die das ODIHR insbesondere unter der Führung von Herrn Mecacci der Fortführung seines aktiven Austauschs mit den Teilnehmerstaaten widmet, und freuen uns darauf, dieses Jahr unseren Dialog mit dem ODIHR zu vertiefen, gerade im Lichte der umfangreichen demokratischen Reformen, die in unserem Land zurzeit stattfinden.

Mit dem von Präsident Toqajew vorgeschlagenen jüngsten Reformprogramm schlagen wir ein neues Kapitel in der Umgestaltung der kasachischen Gesellschaft auf.

Vier frühere umfassende politische und wirtschaftliche Reformpakete sind bereits erfolgreich umgesetzt.

Am 16. März dieses Jahres stellte Präsident Toqajew ein neues Paket zur Modernisierung des politischen Systems Kasachstans vor. Ich werde es später unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ genauer vorstellen.

Der Gesamtplan von Präsident Toqajew sieht vor, die Demokratie zu stärken, indem das Justizsystem umgestaltet, gewählte Regionalgouverneurinnen und -gouverneure eingeführt, die gesetzlichen Auflagen für die Registrierung neuer politischer Parteien gelockert und neue Einschränkungen der Macht des Präsidenten vorgesehen werden, darunter die Begrenzung der Einflussmöglichkeiten des Präsidenten auf das Parlament, das Verbot, dass der Präsident irgendeiner politischen Partei vorsitzt, und das Verbot, dass Verwandte des Präsidenten irgendwelche Positionen in der Politik oder in staatlichen Unternehmen bekleiden. Das übergeordnete Ziel der Reformen von Präsident Toqajew besteht darin, dass Kasachstan von einem „superpräsidialen“ politischen System zu einem „präsidial-parlamentarischen“ System übergeht.

Erlauben Sie mir, Sie über einige der wichtigsten im Reformprogramm vorgesehenen Änderungen des Wahlsystems in Kenntnis zu setzen, die für diesen Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung von Bedeutung sind.

- Reform des Wahlsystems für die Wahl der Abgeordneten zur Mäschilis (dem Unterhaus des kasachischen Parlaments): 70 Prozent der Parlamentsabgeordneten werden nach dem Verhältniswahlrecht (Parteienwahl) und 30 Prozent nach dem Mehrheitswahlrecht (Direktwahl) gewählt. Damit wird es Einzelkandidatinnen und -kandidaten, die keiner Partei angehören, ermöglicht, für einen Parlamentssitz zu kandidieren und sowohl der politische Wettbewerb als auch der direkte Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den von ihnen gewählten Parlamentsabgeordneten verstärkt.
- Deutliche Vereinfachung der Verfahren zur Registrierung politischer Parteien: So wird beispielsweise die Registrierungsschwelle (d. h. die Mindestzahl der Parteimitglieder) von 20 000 auf 5 000 gesenkt – also gerade einmal ein Viertel, im Vergleich zum Zustand vor drei Jahren sogar nur ein Achtel (von ursprünglich 40 000).
- Abschaffung der Quote für die Volksversammlung Kasachstans in der Mäschilis: Diese Quote wird auf den Senat (das Oberhaus des kasachischen Parlaments) übertragen und von neun auf fünf Mitglieder reduziert. Damit wird die Kontroverse um doppelte Wahlen zur Mäschilis vermieden, während die Rolle der Volksversammlung als verfassungsmäßiges Gremium zur Vertretung und zum Schutz der Interessen von mehr als 130 ethnischen Gruppen im Rahmen des Senats gewahrt bleibt. Dies würde das System in Einklang mit unseren OSZE-Verpflichtungen bringen. Herr Mecacci weiß um diese Problematik, die nun dank der vorgenannten Reform positiv gelöst wird.
- Eine weitere wichtige Entwicklung war die Unterzeichnung des Gesetzes über ein Menschenrechtskommissariat durch Präsident Toqajew am 27. Dezember 2021. Es war ein Meilenstein für unsere Zivilgesellschaft, da das Mandat des Kommissars/der Kommissarin enorm gestärkt wurde. Es handelt sich nunmehr um eine völlig unabhängige Einrichtung. Darüber hinaus wurde das Personal des Menschenrechtskommissariats in allen 14 Regionen und den drei größten Städten Kasachstans erheblich aufgestockt. Dementsprechend wurden auch die Befugnisse des Kommissariats erheblich erweitert und ausgebaut, was dazu beitragen wird, die strikte Einhaltung der Menschenrechte in unserem Land zu gewährleisten.

Ich bin sicher, dass jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, um eine enge Zusammenarbeit zwischen dem ODIHR und dem Menschenrechtskommissariat herzustellen, wie es von den Parteien während des produktiven Besuchs vereinbart wurde, der Sie, Herr Mecacci, im November letzten Jahres nach Kasachstan geführt hat. Dies würde eine wirkungsvolle Zusammenarbeit in Bezug auf die laufenden Menschenrechtsreformen in unserem Land sicherstellen. Wir sind unsererseits gerne bereit, diesen Prozess in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen.

Kasachstan unterstützt das Mandat des ODIHR, den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,

Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung Hilfestellung zu bieten und Fachwissen bereitzustellen.

Zugleich möchten wir auf eine Reihe von Bereichen hinweisen, in denen die Arbeit des ODIHR noch effizienter gestaltet werden könnte.

Da die Wahlbeobachtung eine der Hauptaktivitäten des ODIHR ist, ist es von größter Bedeutung, dass seine Wahlberichte unvoreingenommen und objektiv sind und den Teilnehmerstaaten bei der Verbesserung ihrer Wahlgesetze helfen.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen dem ODIHR und den einzelnen Teilnehmerstaaten wäre von Vorteil, um noch offene Fragen im Wahlprozess zu klären und eine unnötige Politisierung der vorläufigen und endgültigen Berichte der Wahlbeobachtungsmissionen zu vermeiden. Ich möchte empfehlen, dass das ODIHR zwischen den Wahlzyklen mit den Teilnehmerstaaten zusammenarbeitet, um den Erfolg seiner Bemühungen bei der Erreichung der gewünschten Ergebnisse im Zuge des Wahlprozesses zu bewerten.

Wir würden es auch begrüßen, wenn vor und nach den Wahlen jeweils ein konstruktiver Austausch zwischen den begrenzten Wahlbeobachtungsmissionen und den lokalen Behörden über spezifische Aspekte des Wahlprozesses und über Möglichkeiten zu deren Verbesserung stattfinden würde.

Im Übrigen fordern wir den aktuellen und designierten OSZE-Vorsitz nachdrücklich auf, sich ordnungsgemäß mit den Besorgnissen von Teilnehmerstaaten betreffend die Beteiligung radikaler oder verbotener nichtstaatlicher Organisationen an der Arbeit des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension zu befassen. Wir bestehen darauf, eine Lösung zu finden, die für alle Teilnehmerstaaten annehmbar ist – andernfalls sollten jedwede berechtigten Bedenken von Teilnehmerstaaten Vorrang haben.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Mecacci, und Ihrem Team viel Erfolg bei Ihrer Tätigkeit wünschen und Ihnen versichern, dass Kasachstan Ihre Bemühungen, das ODIHR zu einer noch wirkungsvolleren OSZE-Institution zu machen, die den Teilnehmerstaaten hilft, Fortschritte in der menschlichen Dimension zu erzielen, weiterhin unterstützen wird.

Danke.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORDMAZEDONIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an, möchten jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen und Sie, Herr Direktor Mecacci, herzlich willkommen heißen und Ihnen für Ihre heutige Präsentation danken.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ist nach wie vor die wichtigste Plattform für die Wahrung der demokratischen Standards im OSZE-Raum, die Gewährleistung der Achtung der Menschenrechte und die Stärkung der demokratischen Institutionen.

Heute, da wir mit einem eklatanten Verstoß gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts und der demokratischen Ordnung und vor allem mit einem direkten Angriff auf die Menschenrechte und die Freiheit konfrontiert sind, kommt Rolle und Zweck des ODIHR besondere Bedeutung zu.

Dem ODIHR gebührt angesichts der anhaltenden Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen, die wir im Zuge der Aggression gegen die Ukraine seit einem Monat alle tagtäglich erleben, eine immens wichtige Rolle.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um erneut zu einer sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und zur Wiederaufnahme von Verhandlungen und der Rückkehr zur Diplomatie aufzurufen.

Herr Vorsitzender,

wir betonen den tatkräftigen Beitrag des ODIHR zum Umgang mit der ernsten humanitären und Menschenrechtssituation in der Ukraine. Wir würdigen die rasche Reaktion und die Anpassungsfähigkeit, die es mit seiner Initiative zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in der Ukraine an den Tag gelegt hat, sowie seine Rolle bei der Aktivierung des Moskauer Mechanismus der OSZE, die von 45 Teilnehmerstaaten, darunter Nordmazedonien,

unterstützt wurde. Wir zählen darauf, dass das ODIHR dabei helfen wird, die Fakten zu ermitteln, und Erkenntnisse zu allen Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht vorlegen wird.

Das erste Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension im Jahr 2022, das in der kommenden Woche stattfindet und gemeinsam vom Amtierenden Vorsitzenden und dem ODIHR organisiert wird, bietet neuerlich Gelegenheit, das hochaktuelle Thema der internationalen Zusammenarbeit bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen weiter zu erörtern.

Wir sind bereit, das ODIHR bei der Umsetzung seines Mandats weiter zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die laufende Aggression.

Herr Mecacci,

wir schätzen die wichtige Arbeit des ODIHR – wie sie in dem heute vorgelegten Jahresbericht zum Ausdruck kommt – außerordentlich, da sie sicherstellt, dass die Verpflichtungen in der menschlichen Dimension von den Teilnehmerstaaten eingehalten werden. Diese Arbeit wurde auch auf der Konferenz vorgestellt, die im Oktober letzten Jahres anlässlich des 30-jährigen Bestehens des ODIHR stattfand.

Aus unserer nationalen Perspektive gesprochen: Mein Land unterhält eine langjährige Zusammenarbeit und einen aktiven Dialog mit dem ODIHR in einer Reihe von Bereichen, darunter die kontinuierliche Unterstützung unserer Bemühungen um die Organisation freier und fairer Wahlen, die Umsetzung der entsprechenden Wahlreformen, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie die Gleichstellung der Geschlechter seitens des ODIHR. Wir freuen uns darauf, diesen Dialog fortzusetzen und unsere Zusammenarbeit zu diversifizieren, wenn Nordmazedonien im Jahr 2023 den OSZE-Vorsitz übernimmt. Ich hoffe nach wie vor, dass Sie Ihren bevorstehenden Besuch in Skopje nutzen werden, um zu erörtern, wie der Austausch zu diesem Zweck noch fruchtbarer gestaltet werden kann. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen Besuch.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Norwegen hat sich der Erklärung der Europäischen Union angeschlossen; gestatten sie mir jedoch einige Bemerkungen als Vertreterin meines Landes.

Herr Vorsitzender,

wie die anderen Delegationen heißen auch wir Direktor Mecacci erneut herzlich im Ständigen Rat willkommen und danken ihm und seinem Team für den Jahresbericht 2021 des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). Der Bericht gibt einen guten Überblick über die umfangreiche Arbeit, die das ODIHR in einem weiteren schwierigen Jahr geleistet hat, und zeigt deutlich die Fähigkeit dieser Institution, zeitnah und angemessen auf neue Herausforderungen zu reagieren. Diese Fähigkeit wurde in den letzten Wochen erneut unter Beweis gestellt, als das ODIHR seine Arbeit neu ausrichtete und seine Relevanz angesichts der unvorhergesehenen und sich rasch verschlechternden Lage in der Ukraine bewies.

Wie Sie, Herr Mecacci, bereits erwähnt haben, feierten wir im Jahr 2021 das 30-jährige Bestehen des ODIHR. Die Teilnehmerstaaten haben das ODIHR eingerichtet, damit es uns bei der Gewährleistung der vollständigen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Rechtsstaatlichkeit und aller anderen Verpflichtungen im Rahmen der menschlichen Dimension zur Seite steht. Dieses Mandat ist nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Das ODIHR verfügt über altbewährte Kompetenzen in Bereichen, die in der aktuellen Lage von großer Bedeutung sind und auch in den kommenden Tagen und Wochen von großer Relevanz sein werden. Diese Kompetenzbereiche reichen von einer menschenrechtsorientierten Herangehensweise ans Grenzmanagement und einem opfer- und überlebendenzentrierten Ansatz für das Problem des Menschenhandels über die Beobachtung der Menschenrechtssituation bis hin zur Förderung von Diversität und Inklusion.

Herr Vorsitzender,

im vergangenen Jahr hat es unsere Organisation erneut nicht geschafft, das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension abzuhalten. Diesmal war dies auf die Obstruktionspolitik eines einzigen Teilnehmerstaates zurückzuführen. Wieder einmal wurde den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungen, der internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft ein wichtiges Forum zur Begegnung und zur Erörterung von Fragen der menschlichen Dimension genommen. Es ist heute wichtiger denn je, einen solchen Ort des Dialogs zur Verfügung zu haben.

Einstweilen sollten wir die anderen Plattformen in der menschlichen Dimension bestmöglich nutzen, zum Beispiel das Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension nächste Woche.

Was die Wahlbeobachtungsaktivitäten des ODIHR betrifft, so sind wir der Überzeugung, dass diese für die Wahrung und Stärkung der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Bedeutung sind. Wir beglückwünschen das ODIHR dazu, dass es im Jahr 2021 Beobachterinnen und Beobachter zu 19 Wahlen in allen Teilen des OSZE-Raum entsandt hat. Norwegen unterstützt diese Arbeit weiterhin nachdrücklich.

Es ist auch ermutigend, dass eine wachsende Zahl von Teilnehmerstaaten auf die Kompetenz des ODIHR zurückgreift.

Herr Vorsitzender,

beim Thema Menschenrechte und demokratische Institutionen sehe ich mich gezwungen, einige Bemerkungen zur Menschenrechtsslage in Russland anzubringen, die sich stark verschlechtert hat.

Die russischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, die Wahrheit darüber zu erfahren, was in ihrem eigenen Land und in der Ukraine vor sich geht. Das Recht auf Zugang zu Informationen und das Recht auf freie Meinungsäußerung müssen geschützt werden.

Die gewaltsame Niederschlagung der jüngsten Proteste in ganz Russland ist ein Verstoß gegen die völkerrechtliche Verpflichtung des Landes zur Gewährleistung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Wir sind zutiefst besorgt über die brutale Verhaftung friedlicher Demonstranten. In den letzten Tagen haben wir erlebt, wie die russischen Behörden in würdeloser Weise ältere Menschen, junge Frauen und sogar kleine Kinder verhaftet haben.

Norwegen ist zutiefst beunruhigt über das jüngst ergangene weitere harte Urteil gegen den Oppositionsführer Alexej Nawalny. Wir werden Russland weiterhin für seine politisch motivierte Verfolgung von Herrn Nawalny in die Verantwortung nehmen. Russland muss seine internationalen Menschenrechtsverpflichtungen einhalten und mit der Verfolgung von Dissidentinnen und Dissidenten und politischen Gegnerinnen und Gegnern aufhören.

Wir unterstützen das Recht des russischen Volkes auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Norwegen fordert die russischen Behörden nachdrücklich zum Schutz der Grundfreiheiten ihrer Bürgerinnen und Bürger im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der OSZE und den anderen von Russland eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen auf.

Müßig zu sagen, dass die russische Führung auch den Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine den Genuss ihrer Menschenrechte ermöglichen sollte, indem sie ihre Streitkräfte abzieht und die militärischen Angriffe einstellt. Außerdem ist es wichtig, dass die fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts gut dokumentiert werden; diesbezüglich messen wir dem Moskauer Mechanismus der OSZE große Bedeutung bei.

Herr Vorsitzender,

alle Teilnehmerstaaten benötigen Hilfestellung und Beratung bei der Umsetzung ihrer gemeinsamen Verpflichtungen. Ich freue mich, Herrn Mecacci und dem ODIHR versichern zu können, dass sie auf die volle Unterstützung Norwegens zählen können, wenn sie den Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung unserer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension helfen.

Wir stimmen Herrn Mecacci zu, dass wir für die multilateralen Institutionen einstehen, sie verteidigen und ihre ausreichende Finanzierung sicherstellen sollten. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern Werte, für die wir uns tagtäglich aktiv einsetzen und anstrengen müssen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die russische militärische Spezialoperation zum Schutz des Donbass soll den langwierigen Konflikt in der Ukraine beenden, dessen politische Beilegung der OSZE nicht zu unterstützen gelungen ist. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums werden im Rahmen dieser Spezialoperation hochpräzise Waffen gegen militärische Einrichtungen eingesetzt, während Zivilpersonen und Infrastruktur nicht ins Visier genommen werden. Die Hauptziele der Spezialoperation – die Entmilitarisierung und die Entnazifizierung der Ukraine – werden erreicht werden.

Es ist äußerst enttäuschend, dass der Amtierende Vorsitzende der OSZE Zbigniew Rau und Generalsekretärin Helga Schmid angesichts dessen eine antirussische Propagandakampagne gestartet haben, um die russischen Streitkräfte für angebliche Angriffe auf zivile Objekte in der Ukraine, insbesondere das Schauspielhaus von Mariupol, verantwortlich zu machen. Ihre Erklärung vom 18. März ist völlig haltlos, vor allem, was die Fakten angeht. Russische Luftfahrzeuge haben am 16. März gar keine Aufgaben im Zusammenhang mit Angriffen auf Bodenziele in der Stadt Mariupol ausgeführt. Das Gebäude des Schauspielhauses wurde von den russischen Streitkräften nie als Ziel betrachtet. Es wurde von Kämpferinnen und Kämpfern des nationalistischen Aow-Bataillons mit Sprengstoff präpariert und in die Luft gesprengt, während Zivilpersonen darin Schutz suchten.

Was die Anschuldigungen hinsichtlich „vorsätzlicher und unmenschlicher Angriffe auf zivile Gebiete“ in einer Reihe von Städten betrifft, so ist dies nichts anderes als eine blinde Übernahme der Propaganda der ukrainischen Regierung. Im Gegenteil: Die russische Armee tut ihr Möglichstes, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, und richtet regelmäßig humanitäre Korridore für deren Evakuierung ein. Von den Taktiken der nationalistischen Bataillone hingegen lässt sich dies nicht behaupten: sie benutzen Zivilpersonen als „menschliche Schutzschilde“, wie von zahlreichen überlebenden Augenzeuginnen und -zeugen bestätigt.

In diesem Zusammenhang haben Herr Rau und Frau Schmid wieder einmal unerwähnt gelassen, dass die ukrainischen Streitkräfte in der vergangenen Woche dicht besiedelte Stadtviertel in Donezk und Makijiwka mit dem taktischen Raketensystem

Totschka-U beschossen haben. Wir haben dies im Ständigen Rat bereits angesprochen: Diese Angriffe forderten Dutzende von Opfern, darunter auch Kinder. Dafür gibt es Videobeweise. Warum werden diese Fakten ignoriert?

Unter diesen Umständen wirkt die von der OSZE-Führung geäußerte Besorgnis über die humanitären Folgen der bewaffneten Konfrontation bestenfalls gekünstelt. Wenn die OSZE unter den gegenwärtigen Umständen wirklich eine Rolle bei der Erleichterung einer Beilegung spielen will, sollte ihre Führung ihren Ansatz überdenken und echte Maßnahmen setzen, statt sich in politischem Populismus zu ergehen.

Wir möchten betonen: Die in der genannten Erklärung der OSZE-Führung vorgenommenen Bewertungen sind offenkundig voreingenommen, verzerren die Realität und verstoßen in grober Weise gegen den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates der OSZE über öffentliche Erklärungen im Namen der Organisation. Gemäß diesem Beschluss dürfen der/die Amtierende Vorsitzende und der/die Generalsekretär/in die Meinung einzelner Länder oder Ländergruppen nur dann zum Ausdruck bringen, wenn sie von allen Teilnehmerstaaten einvernehmlich unterstützt wird.

Hier ein prägnantes Beispiel für die tatsächlichen Ereignisse: Die ukrainische Regierung wurde wiederholt aufgefordert, ihre bewaffneten Formationen aus Mariupol abzuziehen, eine Waffenruhe auszurufen und eine humanitäre Aktion zur Evakuierung der Menschen sowohl nach Russland als auch in das von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Gebiet durchzuführen. Dies wurde grundlos verweigert. Mehr als 130 000 Menschen sind noch immer in der Stadt eingeschlossen. Trotz aller Behinderungen wurden in den letzten Tagen fast 60 000 Einwohnerinnen und Einwohner, darunter 139 ausländische Staatsangehörige, aus Mariupol auf russisches Gebiet evakuiert. Insgesamt hat das russische Militär während der Militäroperation mehr als 330 000 Menschen, darunter fast 69 000 Kinder, aus der Ukraine evakuiert.

Mehr als 4,5 Millionen Menschen, darunter fast 7 000 ausländische Staatsangehörige aus mehr als 20 Ländern, sitzen wegen der ukrainischen Formationen in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Sumy und anderen Städten fest. Auch die russischen Appelle an die OSZE-Führung, ihren Einfluss auf das Kyjiwer Regime geltend zu machen, um das Funktionieren der humanitären Korridore zu gewährleisten und so zur sicheren Evakuierung der Menschen und zur Rettung ihres Lebens beizutragen, bleiben unbeantwortet. Wir bedauern, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, Frankreich und einige andere Mitglieder bei der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 23. März der Stimme enthalten haben, als es darum ging, einen Resolutionsentwurf zur Lage in der Ukraine anzunehmen, in dem eine Waffenruhe gefordert wird, um die sichere Evakuierung der Bevölkerung zu ermöglichen. Sie zogen es vor, die humanitäre Frage politisch zu instrumentalisieren, anstatt praktische Unterstützung bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Bedürftigen zu leisten. Infolgedessen wurde den ukrainischen Verbänden noch immer nicht signalisiert, dass sie damit aufhören sollen, Zivilpersonen als „menschliche Schutzschilde“ zu missbrauchen und Waffen in der Nähe ziviler Objekte zu platzieren, und sie werden dies daher auch weiterhin tun.

Die ukrainischen Nationalisten planen, ihre Kampfstellungen in Krankenhäusern in Odessa und Tschernihiw einzurichten. Den vorliegenden Informationen zufolge werden Patientinnen und Patienten, auch solche in ernstem Zustand, eilig aus den medizinischen

Einrichtungen dieser Städte entlassen, damit die Nationalisten in diesen Gebäuden Gefechtsstellungen und Feuerstellungen sowie Depots für militärische Ausrüstung und Munition einrichten können. Und was ist mit den Berichten aus Cherson, wo ukrainische Soldaten ihre Festung als Station des Roten Kreuzes getarnt haben? Oder damit, dass sie im Kyjiwer Wohngebiet Wynohradar zwischen mehrstöckigen Wohngebäuden und unter dem Dach eines großen Einkaufszentrums Mehrfachraketen platziert haben und von dort aus massiven Beschuss durchgeführt haben? Videobeweise für diese Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen Nationalisten wurden vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlicht und sind öffentlich zugänglich.

Die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder gießen weiterhin Öl ins Feuer, indem sie die Lieferung von Militärgütern an die Ukraine intensivieren. Die US-Regierung ist in dieser Hinsicht besonders eifrig – sie hat kürzlich ein weiteres Hilfspaket im Wert von 800 Millionen Dollar angekündigt. Es ist geplant, direkt aus den Lagern des Pentagon 800 tragbare Flugabwehrsysteme (MANPADS) vom Typ Stinger, 2 000 Javelin-Panzerabwehrraketensysteme, 6 000 AT-4-Panzerabwehrraketenwerfer, 1 000 leichte Panzerabwehrwaffen, 100 unbemannte Luftfahrzeuge, 100 Granatwerfer, 5 000 Gewehre und mehr als 20 Millionen Patronen und Sprengladungen zu liefern. Insgesamt haben die USA der Ukraine in einer Woche Militärgüter im Wert von 1 Milliarde Dollar geliefert, und die derzeitige US-Regierung hat insgesamt 2 Milliarden Dollar an militärischer Fracht in die Ukraine geliefert. Wir möchten Sie an die Gefahr erinnern, dass sich diese Waffen weiter über Europa verbreiten und das gesamte Arsenal in die Hände von Banditinnen und Banditen sowie Terroristinnen und Terroristen fällt, ganz zu schweigen davon, dass MANPADS in deren Händen eine enorme Gefahr für die zivile Luftfahrt darstellen würden.

Schauen wir uns doch an, wen die Vereinigten Staaten da eigentlich unterstützen. Zum Beispiel Serhiy Deineko, Leiter der staatlichen Grenzschutzbehörde der Ukraine, der am 19. März auf seiner offiziellen Social-Media-Seite zur „Tötung von Frauen, Kindern, Eltern, Brüdern und Schwestern“ russischer Militärangehöriger aufrief, oder den Leiter des Projekts „Mobiles Krankenhaus“, den Arzt Gennadiy Drusenko, der am 21. März im landesweiten Fernsehsender Ukraine-24 sagte, er habe seinen Ärztinnen und Ärzten befohlen, verwundete russische Soldaten zu kastrieren, und hinzufügte, er betrachte diese als „Kakerlaken, nicht als Menschen“. Sagten Sie etwa, es gebe in der Ukraine keine Russophobie oder neonazistische Stimmung?

Erinnern wir uns daran, was die Vereinigten Staaten und der „Westen“ insgesamt der Ukraine in den letzten Jahren alles angetan haben. Erstens hat der Westen den dortigen Staatsstreich im Februar 2014 gefördert und unterstützt. Wie sich jeder erinnern können sollte, haben die sogenannten „Revolutionärinnen“ und „Revolutionäre“ nach den blutigen Provokationen auf dem Maidan am 22. Februar 2014 die Amtsgewalt des demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch an sich gerissen, während dieser noch im Land war. Danach duldete der Westen die Umwandlung der Ukraine von einem friedlichen, blockfreien Staat in ein De-facto-Testgelände für militärische Bedrohungen der Sicherheit Russlands. Die ungezügelter Militarisierung begann – moderne Waffen strömten ins Land, ausländische „Militärausbilder“ verlegten quasi ihren „Hauptwohnsitz“ in die Ukraine, und die Armee wurde um ein Vielfaches vergrößert. Wie Pilze schossen zahlreiche paramilitärische nationalistische Bataillone aus dem Boden, und sie waren die ersten, die sich mit Waffen in der Hand aufmachten, um andere politische Meinungen im Donbass zu unterdrücken – unter den Slogans „Tod den Moskals [Moskowiten]“ und „Der Donbass wird

entweder ukrainisch sein oder von seinen Bewohnerinnen und Bewohnern gesäubert.“ Andersdenkende Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine wurden allmählich ausgerottet. Dieser Albtraum dauert seit acht Jahren an.

In dieser Zeit wurde das Land vollständig von außen gelenkt und vom Westen „an die Hand genommen“ – sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Joe Biden, derzeitiger US-Präsident und 2016 US-Vizepräsident, hat persönlich entschieden, wer in der Ukraine Generalstaatsanwalt sein sollte und wer nicht. Denken Sie etwa an die Geschichte von Wiktor Schokin, die im Januar 2018 von Joe Biden selbst erzählt wurde: Er habe seinen Ansprechpartnern sechs Stunden Zeit gegeben, um ihn [Schokin] zu feuern, und „klar, sie haben ihn, verdammt noch mal, auch gefeuert.“ Doch unter dieser Gängelung von außen hat sich die ukrainische Wirtschaft nicht gut entwickelt, und das Ausmaß der Korruption ist immens gestiegen. Die ukrainische Regierung erhielt von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sowie den von ihnen kontrollierten internationalen Finanzinstitutionen finanzielle Zuwendungen und Darlehen, um das Land „über Wasser zu halten“.

Auf Geheiß des Westens wurde der ukrainischen Verfassung ohne ein nationales Referendum eine Klausel hinzugefügt, in der das Ziel des Beitritts zum politisch-militärischen Block der NATO festgelegt wurde, der Russland zu seinem Hauptgegner erklärt hat. Die territorialen Ansprüche gegenüber Russland und die Feindseligkeit gegenüber unserem Land waren auch in den Doktrindokumenten der Ukraine selbst verankert. Dann begann die ukrainische politisch-militärische Führung – zum Beispiel Generalleutnant Walerij Saluschnyj, Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte – öffentlich darüber zu spekulieren, „mit einem Panzer auf dem Roten Platz und dem „Arbat“ herumzufahren (September 2021, in einem Interview mit Janina Sokolowa – eine Videoaufzeichnung ist öffentlich zugänglich).

All dies ging einher mit einem beispiellosen Angriff auf alles Russische in der Ukraine: die russische Sprache, die russische Kultur, den Status des russischen Volkes an sich. Es wurde einfach aus der Liste der einheimischen Völker der Ukraine gestrichen, um eine Identitätsänderung zu erzwingen. Wie wir bereits erwähnt haben, sind Manifestationen von aggressivem ukrainischem Nationalismus, Neonazismus und Russophobie in der Ukraine zum Alltag geworden. Unsere russischsprachigen Landsleute wurden gezwungen, die Nazikollaborateure Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch zu verehren und zu verherrlichen.

Darüber hinaus wurde das Land zu einem Standort für die Erforschung biologischer Waffen, und die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien der USA und der Ukraine wurde formalisiert. Wir empfehlen Ihnen, die ausführlichen Unterlagen des russischen Verteidigungsministeriums zu diesem Thema, die wir diese Woche bei der OSZE verteilt haben (SEC.DEL/118/22, SEC.DEL/119/22), aufmerksam zu lesen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Ukraine wurde zu einem „Anti-Russland“ gemacht, einer militarisierten Gesellschaft aggressiver russophober Neonazis, deren Anführer von eigenen Militärparaden in Moskau träumten, während die Entscheidungen für sie im Ausland getroffen wurden.

Die Ukraine hat sich nicht von selbst so entwickelt. Erst ihre westlichen, ausländischen Strippenzieher haben sie dazu gemacht, indem sie Millionen von Menschen als Geiseln

genommen haben, um ihre geopolitischen Ziele zu erreichen – Russland zu schwächen und die Weiterentwicklung unseres Landes zu verhindern. Sie wollten sie also als „Rammbock“ gegen die russische Staatlichkeit an sich einsetzen. Niemand hat mehr unter den geopolitischen Experimenten der USA gelitten als die einfachen Ukrainerinnen und Ukrainer selbst. Um es in aller Klarheit zu sagen: Die Ukraine selbst war ihnen völlig egal – sie war nur ein Werkzeug zur Lösung ihrer eigenen Probleme.

Ich will jetzt nicht ausführlich Zbigniew Brzeziński, den früheren Berater des US-Präsidenten, zitieren, der einmal in seinem Buch *The Grand Chessboard* geschrieben hat, dass die Aufgabe der US-Politik in Osteuropa darin bestehe, die engen Bande zwischen Russland und der Ukraine zu lösen. So viel sei gesagt: Der Ansatz der USA hat sich nicht geändert – Unterstaatssekretärin Victoria Nuland sagte bei der Anhörung vor dem Ausschuss des Senats für internationale Beziehungen am 9. März, das Ziel der USA in der Ukraine sei es, „Russland eine strategische Niederlage zuzufügen“. Dafür brauchen sie sie. Und es geht ihnen ganz sicher nicht um Demokratie, Wohlstand oder eine bessere Zukunft für das ukrainische Volk selbst.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

ich möchte von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Erklärung des russischen Botschafters zu antworten.

Wir haben gerade gehört, wie Botschafter Lukaschewitsch sagte, dass wir zu wenig faktenbasierten Dialog erleben. Er fuhr dann umgehend damit fort, eine lange Liste von Lügen vorzutragen. Das überrascht niemanden in diesem Saal, denn wir haben uns daran gewöhnt, von der russischen Delegation Lügen zu hören, nicht erst seit letztem Monat, sondern bereits seit April 2021, als sie uns mitteilte, dass die Truppen und das Gerät, die entlang der ukrainischen Grenze zusammengezogen wurden, keinen Grund zur Sorge darstellten und nicht für ein aggressives Vorgehen gegen die Ukraine bestimmt seien.

Lassen Sie mich die Fakten zusammenfassen:

- Russland führt einen unprovokierten und bewusst geplanten Angriffskrieg gegen die Ukraine.
- Russische Streitkräfte sind von belarussischem Hoheitsgebiet aus in die Ukraine einmarschiert und führen von Flugplätzen auf belarussischem Hoheitsgebiet aus offensive Bombenangriffe durch. Dies macht Belarus zum Mitaggressor.
- Die russischen Streitkräfte töten und verletzen ukrainische Zivilpersonen und beschädigen und zerstören zivile Infrastruktur, darunter Schulen, Krankenhäuser und Luftschutzbunker. Dies hat in den ukrainischen Städten unsägliche Schäden angerichtet, die zu Tod, Verstümmelung, Hunger, Durst und schweren Traumata geführt haben.
- Russland hat Charkiw, Mariupol und andere Städte mit Bomben in Schutt und Asche gelegt, während die russischsprachigen Einwohnerinnen und Einwohner dieser Städte erbitterten und entschlossenen Widerstand leisten und ihre ukrainische Souveränität gegen die Angriffe der russischen Regierung verteidigen, denen sie ausgesetzt sind.

Die russische Regierung tötet die russischsprachigen Menschen, die sie behauptet verteidigen zu wollen.

- Mehr als 3,5 Millionen Zivilpersonen waren gezwungen, die Ukraine zu verlassen, und fast 7 Millionen wurden zu Binnenvertriebenen, allesamt auf der Flucht vor Putins Krieg.
- Russland ist das erste Land in der Geschichte, das in einem Krieg Kernkraftwerke angegriffen hat, womit es die Sicherheit der Ukraine, Russlands und Europas gefährdet.
- Im eigenen Land verhängt es schwere Haftstrafen für das, was es als falsche Berichterstattung über den Krieg einstuft, im Versuch, die totale Kontrolle über die Darstellung der Ereignisse im Inland zu erlangen.
- Im eigenen Land hat der Kreml etwa 15 000 Anti-Kriegs-Demonstrantinnen und -Demonstranten verhaftet, die den Mut hatten, ihre Stimme zu erheben.
- Der Internationale Gerichtshof hat angeordnet, dass „die Russische Föderation die am 24. Februar 2022 begonnenen militärischen Operationen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine unverzüglich einzustellen hat“.
- In diesem Konflikt gibt es nur einen Aggressor: Russland.

Ich stimme mit Botschafter Lukaschewitsch darin überein, dass wir Wege finden müssen, miteinander zu sprechen und einen echten Dialog aufzubauen. Doch sofern und solange die russische Delegation weiterhin nicht mit Fakten, sondern Unwahrheiten arbeitet, bleibt dies ein schwieriges Unterfangen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte darum ersuchen, diese Erwiderung dem Journal des Tages beizufügen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir das Wort erteilt haben. Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union zum wichtigsten Tagesordnungspunkt der heutigen Tagung („Die fortgesetzte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine“) und der Erwiderung der Europäischen Union unter der gegenständlichen aktuellen Frage vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, in Erwiderung auf die Russische Föderation auch einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Zu Beginn seiner Erklärung belehrte der Ständige Vertreter Russlands die anderen Delegationen an diesem Tisch darüber, wie ein korrektes und professionelles Betragen ihrerseits bei OSZE-Treffen aussehen sollte. Ich möchte ihn fragen, ob er dieselbe Belehrung auch seinen eigenen Kollegen erteilt hat, einschließlich des Leiters der russischen Delegation im OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK).

Letzte Woche, auf der FSK-Sitzung vom 16. März 2022, drohte der Leiter der russischen Delegation im FSK, Konstantin Gawrilow, dem Delegierten Litauens ganz offen. Er äußerte seine Drohungen nur in mündlicher Form – nichts Schriftliches wurde danach in Umlauf gebracht. Zunächst beschwerte er sich darüber, dass die litauische Delegation immer wieder von der individuellen Verantwortung und Verantwortlichkeit derjenigen spreche, die hinter den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit stehen, die Russland mit der Hilfe von Belarus in der Ukraine begeht. Es gefiel ihm nicht, dass wir auch die persönliche Verantwortung der russischen und belarussischen Diplomatinen und Diplomaten hervorgehoben hatten, die leider alles tun, um diese abscheulichen Verbrechen zu rechtfertigen, zu beschönigen und zu vertuschen. Solche Anschuldigungen gegen russische Diplomatinen und Diplomaten seien, so fuhr er fort, nach russischem Recht eine Straftat, und der litauische Delegierte möge „diesbezüglich seine eigenen Schlussfolgerungen ziehen“; es sollte dem litauischen Delegierten außerdem „wohlbekannt sein, dass niemand irgendwo je außerhalb der Reichweite Russlands sei.“ Solche Drohungen sind völlig inakzeptabel und müssen aufhören.

Ein paar Worte zum Thema Emotionen. Der Ständige Vertreter Russlands beklagte außerdem, die Delegationen an diesem Tisch seien zu „emotional“ seien, ließen bei der

Besprechung von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die Emotionen nicht beiseite und seien somit unprofessionell.

Zugegebenermaßen ist es natürlich möglich, diplomatische Diskussionen frei von Emotionen zu führen, und in vielen Fällen tun wir das auch. Wenn wir zum Beispiel eine weitere Ministerratserklärung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder einen weiteren Ministerratsbeschluss zur Terrorismusbekämpfung aushandelten oder wenn wir versuchten, neue OSZE-Verpflichtungen zur Grenzsicherung und zum Grenzmanagement auszuarbeiten und zu vereinbaren, würden wir dies höchstwahrscheinlich ohne jegliche Gefühlsausbrüche tun.

Aber wenn wir uns mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine befassen, wenn täglich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in so großem Umfang begangen werden, wenn ganze ukrainische Städte, Ortschaften und Dörfer dem Erdboden gleichgemacht werden, wenn wir Tausende von Bildern sehen, die die Folgen des wahllosen Beschusses und der Zerstörung von Wohngebäuden, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen, Kindergärten und vielen anderen zivilen Einrichtungen zeigen, in denen sich die ukrainische Bevölkerung einfach vor den russischen Bomben versteckt – dann sind wir emotional und werden es auch weiterhin sein. Weil wir Menschen sind. Weil wir ein Herz haben. Weil es uns nahegeht. Emotionen sind schließlich keine schlechte Sache.

Und es ist bedauerlich, dass die russische Delegation all das noch immer emotionslos abzuhandeln vermag, dass Russlands militärische Befehlshaber emotionslos den Befehl zu erteilen vermögen, auf ukrainische Kinder, Frauen und ältere Menschen zu schießen, dass russische Soldaten diese rechtswidrigen, ja kriminellen Befehle emotionslos befolgen, dass die russische Propagandamaschinerie und russische Diplomatinen und Diplomaten ebenso emotionslos alles Menschenmögliche tun, um diese abscheulichen Verbrechen zu rechtfertigen, zu beschönigen und zu vertuschen.

Zu guter Letzt: Der Amtierende OSZE-Vorsitzende und der Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE genießen die uneingeschränkte Unterstützung Litauens. Die russische Delegation hat keinerlei Gründe zur Klage über diese. Ihre Reaktion auf das, was Russland der Ukraine mit Hilfe von Belarus antut, war angemessen. Ja, sie hätte durchaus schärfer ausfallen können.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages. Angesichts der Drohungen der russischen Delegation gegen die litauische Delegation wird dies auch die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden erleichtern, falls einem Mitglied unserer Delegation etwas zustoßen sollte.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Heute vor 23 Jahren begann die NATO ihren Akt der Aggression gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien – einen Akt, der ohne die Genehmigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durchgeführt wurde. Dieser bewusst losgetretene Krieg verstieß in eklatanter Weise gegen die Charta der Vereinten Nationen sowie die Schlussakte von Helsinki der KSZE/OSZE und untergrub damit die internationale Rechtsordnung, die die nicht genehmigte Anwendung von Gewalt untersagt und die territoriale Integrität und Souveränität der Staaten schützt.

Im Zuge von über 38 000 Einsätzen führten die weit überlegenen NATO-Kräfte aus 19 Ländern rund 2 300 Luftangriffe auf 995 meist zivile Einrichtungen durch, darunter Angriffe mit Streubomben und mit Munition mit abgereichertem Uran. Insgesamt wurden 148 Wohngebäude und 62 Brücken zerstört; 300 Schulen, 20 Krankenhäuser und 176 Kulturerbestätten wurden schwer beschädigt, ebenso wie Heizwerke und Wasserversorgungssysteme im ganzen Land.

Bei dem gnadenlosen Feldzug, der 78 Tage dauerte, wurden rund 2 500 Zivilpersonen getötet, darunter 89 Kinder im Alter von 2 bis 17 Jahren. Es wäre heute angebracht, hier all ihre Namen zu verlesen. Für uns als serbische Bürgerinnen und Bürger werden diese Kinder niemals eine bloße Statistik sein.

Dennoch nenne ich hier nur einige von ihnen. Das jüngste Opfer, Bojana Tošović aus Merdare, war erst elf Monate alt. Heute könnte sie selbst Mutter sein. Der zweijährige Marko Simić aus Novi Pazar starb in den Armen seines Vaters. Die dreijährige Milica Rakić wurde bei einem Streubombenangriff auf Batajnica auf der Toilette getötet. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: Der Name eines jeden Kindes ist wie ein Schandmal, das allen, die für diesen Feldzug verantwortlich sind, für immer anhaften wird.

Herr Vorsitzender,

nach Artikel 35 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949 ist es „verboten, Methoden oder Mittel der Kriegführung zu verwenden, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie ausgedehnte, lang anhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen.“ Die Zerstörung einer Ölraffinerie und von

Chemiewerken in dicht besiedelten Gebieten rund um Belgrad verursachte lang anhaltende und in einigen Fällen irreparable Umweltschäden. Am 18. April 1999 wurde die Ölraffinerie in Pančevo getroffen, wobei sich 80 000 Tonnen Öl entzündeten und die Konzentration krebserregender Stoffe in der Umgebungsluft auf das 10 500-Fache des zulässigen Grenzwertes anstieg.

Unter Verstoß gegen Artikel 54 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949, nach dem es „verboten [ist], Gegenstände, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unentbehrlich sind, anzugreifen, zu zerstören, zu beseitigen oder unbrauchbar zu machen“, warf die NATO am 2. Mai 1999 gleichzeitig Graphitbomben auf fünf serbische Kraftwerke ab, wodurch 70 Prozent des Stromnetzes des Landes lahmgelegt wurden, mit verheerenden Auswirkungen auf den Alltag unzähliger Zivilpersonen.

Im Zuge der Operation wurden im gesamten Land bis zu 15 Tonnen Munition mit abgereichertem Uran verschossen. Die Verwendung solcher Munition zieht dauerhafte schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen nach sich und kontaminiert die Umwelt für lange Zeit. Gesundheitliche Probleme wie Nierenschäden, Lungenkrebs und Atembeschwerden können noch viele Jahre nach der Exposition auftreten.

Das humanitäre Recht verbietet Gewaltakte, Angriffe und Vergeltungsschläge gegen zivile Objekte. Artikel 52 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1949 definiert zivile Objekte als „alle Objekte, die keine militärischen Ziele [...] sind“ und präzisiert, dass „als militärische Ziele nur solche Objekte [gelten], die auf Grund ihrer Beschaffenheit, ihres Standorts, ihrer Zweckbestimmung oder ihrer Verwendung wirksam zu militärischen Handlungen beitragen und deren gänzliche oder teilweise Zerstörung, deren Inbesitznahme oder Neutralisierung [...] einen eindeutigen militärischen Vorteil darstellt.“

Die meisten Ziele der NATO waren jedoch keine militärischen Ziele. Erlauben Sie mir, nur an einige Beispiele zu erinnern:

Am 3. April 1999 wurde die Entbindungsstation der Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie in der Višegradska-Straße in Belgrad beschädigt. Am 19. Mai folgte ein Angriff auf eine weitere Entbindungsstation in Belgrad, nämlich die des medizinischen Zentrums Dragiša Mišović. Durch die Bombenangriffe wurden auch weitere medizinische Einrichtungen beschädigt, darunter Krankenhäuser und medizinische Zentren in Čuprija, Aleksinac, Raška, Prokuplje, Čačak, Mitrovica, Leposavić und Priština. Diese Angriffe verstießen in eklatanter Weise gegen Artikel 12, 13 und 15 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949. So heißt es in Artikel 12: „Sanitätseinheiten werden jederzeit geschont und geschützt und dürfen nicht angegriffen werden.“

Am 12. April 1999 wurden bei einem Angriff auf einen Personenzug, der eine Brücke bei Grdelička Klisura in Südserbien überquerte, 15 Zivilpersonen getötet und 44 verletzt. Ein frisch verheiratetes Paar, Ana Bjeletić und Ivan Marković, kam bei diesem Massaker, das die NATO als „unglücklichen Zwischenfall“ bezeichnete, ums Leben. Wir werden nie wissen, wie viele Kinder die beiden wohl bekommen hätten und wie sie geheißen hätten.

Am 16. April 1999 wurde die Belgrader Zentrale des serbischen Rundfunks Radio-Televizija Srbije gezielt von einer Rakete getroffen, wobei 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getötet wurden. Dies war selbstredend ein eindeutiger Verstoß gegen alle

anerkannten Normen betreffend die Sicherheit und den physischen Schutz von Journalistinnen und Journalisten.

Am Mittag des 30. Mai 1999 bombardierte die NATO eine Brücke voller Menschen, die sich auf dem Heimweg vom Sonntagsgottesdienst in der zentralserbischen Stadt Varvarin befanden. Wenige Minuten nach dem ersten lasergesteuerten Bombenangriff, während Menschen zur Brücke eilten, um den Verletzten zu helfen, wurden zwei weitere Bomben gezündet. Insgesamt wurden zehn Menschen getötet und 17 schwer verletzt. Unter den Opfern war an diesem Tage auch die sechzehnjährige Sanja Milenković, eine begabte Schülerin am Mathematischen Gymnasium in Belgrad. Die NATO bezeichnete diese Menschen zynisch als „Kollateralschäden“. Wäre Sanja nicht zum „Kollateralschaden“ geworden, wäre sie heute vielleicht eine erfolgreiche Mathematikerin oder Wissenschaftlerin und der Stolz ihrer Eltern und Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Am Mittag des 6. Mai 1999 warfen NATO-Bomber Streubomben auf einen belebten Markt im Zentrum von Niš, der drittgrößten Stadt Serbiens, ab, wobei 15 Zivilpersonen getötet und 16 verletzt wurden. Unter den Opfern befand sich auch eine 26-jährige Medizinstudentin, Ljiljana Spasić, die damals schwanger war. Heute könnte sie eine Ärztin sein, die anderen hilft. Ihr Kind wäre vielleicht in ihre Fußstapfen getreten und hätte ebenfalls Medizin studiert.

Niš war eine der 16 Ortschaften in Zentralserbien, die von Streubomben getroffen wurden, obwohl es dort keine legitimen militärischen Ziele gab. Der Einsatz von Streumunition und anderen Explosivwaffen stellt für die Zivilbevölkerung auch noch Jahre oder sogar Jahrzehnte danach eine große Gefahr dar. Darüber hinaus können nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel schwerwiegende sozioökonomische Folgen für die dort lebenden Menschen haben, indem sie etwa die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeit und den Wiederaufbau der Infrastruktur unmöglich machen.

Trotz enormer Minenräumbemühungen mit umfangreicher internationaler Unterstützung stellt nicht zur Wirkung gelangte Streumunition in einem Gebiet von mehr als 1 Million Quadratmetern immer noch eine erhebliche Bedrohung dar. Außerdem lauern an 150 Orten in Zentralserbien Gefahren durch nicht zur Wirkung gelangte Fliegerbomben und Raketen im Boden und in den Gewässern.

Der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ist ein Grundpfeiler des humanitären Völkerrechts. So heißt es in Artikel 48 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen von 1949 unmissverständlich: „Um Schonung und Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Objekte zu gewährleisten, [...] dürfen [die Parteien] [...] ihre Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele richten.“

Herr Vorsitzender,

obwohl das Trauma dieser rechtswidrigen militärischen Aggression gegen mein Land noch immer tief sitzt, sind wir nicht einer Politik des Selbstmitleids und Grolls verfallen. Wie mehrfach erklärt, bekennt sich Serbien weiterhin zu Frieden, Stabilität, der unbedingten Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität sowie der diplomatischen Lösung aller Konflikte und Streitigkeiten im OSZE-Raum. Nur so können wir menschliches Leid verhindern und vermeiden, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

am 24. März 1999 begann die rechtswidrige und unprovokierte bewaffnete Aggression des NATO-Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien, die bis zum 10. Juni 1999 andauerte. Formale Grundlage war ein Ultimatum an die serbischen Behörden, alle Streitkräfte unverzüglich aus dem Kosovo und Metochien – legalen Hoheitsgebieten Serbiens – abzuziehen, und als Anlass diente die Tragödie im Dorf Račak, die vom US-Amerikaner William Walker, dem Leiter der Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE, inszeniert worden war.

Später wurde die Welt Zeuge weiterer vorgetäuschter Ereignisse vom Kaliber der „irakischen Reagenzgläser“ von Colin Powell oder der angeblichen Chemiewaffenangriffe der Weißhelme, die den westlichen Ländern einen Vorwand für militärische Interventionen lieferten. Die katastrophalen Folgen dieser Lüge hätten eigentlich wochenlang in den Sitzungen des Ständigen Rates diskutiert und unmissverständlich verurteilt werden müssen. Doch darum geht es heute nicht.

Der Angriff der Koalitionsstreitkräfte auf die Bundesrepublik Jugoslawien bestand in der massiven Bombardierung serbischer Militärstellungen im Kosovo und anderer Ziele in Serbien, darunter Wohngebiete, Sendeanlagen, Krankenhäuser, Fabriken und Unternehmen sowie Infrastruktur und sogar diplomatische Vertretungen. Neben den Vereinigten Staaten beteiligten sich 18 weitere NATO-Staaten an der Operation. Bei den Luftangriffen wurden verbotene Munitionstypen mit radioaktivem Material eingesetzt. Zahlreiche zivile Objekte wurden getroffen: 82 Eisenbahn- und Straßenbrücken, 48 Krankenhäuser und Krankenstationen, 25 Post- und Telegrafämter, 70 Schulen, 9 Universitätsinstitute und 4 Studentenwohnheime, 18 Kindergärten, 35 Kirchen und 29 Klöster (darunter UNESCO-Welterbestätten), das Belgrader Fernsehzentrum, ein Konvoi albanischer Flüchtlinge und die chinesische Botschaft in Serbien.

Die Luftoperationen wurden von einem Marineverband, bestehend aus 3 Flugzeugträgern, 6 Jagd-U-Booten, 2 Kreuzern, 7 Zerstörern und 13 Fregatten, unterstützt. Während der 78 Tage andauernden Militäroperationen wurden 38 000 Kampfflugzeugeinsätze geflogen, 2 300 Raketen abgefeuert und 14 000 Bomben abgeworfen, darunter auch Munition

mit abgereichertem Uran. Im März 2002 bestätigten die Vereinten Nationen eine radioaktive Verseuchung im Kosovo als Folge des NATO-Bombardements. Einige Zeit später traten im heutigen Serbien Fälle von Krebs auf.

Bei den NATO-Luftschlägen auf Jugoslawien wurden 152 Behälter mit Streubomben abgeworfen, einer für Menschen besonders lebens- und gesundheitsgefährdenden Waffe. Graphitbomben trafen eine Reihe von thermoelektrischen Kraftwerken sowie Energieanlagen in Lajkovac, Resnik, Leštane und Bežanijska Kosa, so dass mehr als 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ohne Strom und Wasser waren. Dies alles ist in Dokumenten der Vereinten Nationen und anderswo dokumentiert.

Die serbischen Behörden gehen davon aus, dass bei dem Bombardement etwa 2 500 Menschen, darunter 89 Kinder, getötet wurden. Rund 12 500 Menschen wurden verletzt. Mehr als 860 000 Menschen, größtenteils im Kosovo lebende Serbinnen und Serben, verließen die Region, während weitere 590 000 Menschen zu Binnenvertriebenen wurden. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen flohen allein in den zwei Wochen zwischen dem 24. März und dem 5. April 1999 mehr als 350 000 Menschen aus dem Kosovo. Insgesamt verließen bis zu 50 Prozent der serbischen Bevölkerung während der Aggression ihre Heimstätten. Damit verstießen die NATO-Angriffe in grober Weise gegen die Normen und Prinzipien des humanitären Völkerrechts, wie sie in den Haager Konventionen von 1907, den Genfer Konventionen von 1949 über den Schutz von Kriegsgesunden und den zugehörigen Zusatzprotokollen von 1977 sowie in der Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten niedergelegt sind.

Dem Land wurde enormer materieller Schaden zugefügt. Der genaue Betrag ist bis heute ungewiss, beläuft sich aber auf jeden Fall auf zig Milliarden Dollar. Das wirtschaftliche Potenzial der beteiligten Länder war übrigens 679-mal größer als das von Jugoslawien. Doch das reichte nicht aus: Parallel dazu wurden die Sanktionen gegen Jugoslawien verschärft. Die Vereinigten Staaten gaben, wie es für sie typisch ist, einseitig bekannt, dass die Vermögenswerte Jugoslawiens auf ihrem Hoheitsgebiet eingefroren würden. Heute überrascht diese Art der Enteignung durch die US-Regierung und eine Reihe anderer Länder des „zivilisierten“ Westens niemanden mehr.

Dies ist der Preis, den die Bevölkerung der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien für die ungebetene „humanitäre Hilfe“ der Nordatlantischen Allianz zahlte. Das ist die traurige, tragische Realität. Hat irgendjemand unter den führenden Köpfen dieses „Verteidigungsbündnisses“ oder unter den Entscheidungsträgerinnen und -trägern jenseits des Ozeans irgendwelche Verantwortung übernommen? Wir alle kennen die Antwort: nichts als Tantiemen für das Schreiben von Memoiren über die Zerstörung eines souveränen Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ich möchte mit einem Zitat des ehemaligen Senators Joe Biden, dem jetzigen US-Präsidenten, aus einer Rede von 1999 bei einer speziellen Kongressanhörung schließen: „Ich habe vorgeschlagen, Belgrad zu bombardieren. Ich habe vorgeschlagen, dass wir amerikanische Pilotinnen und Piloten hinschicken und alle Brücken über die Drina in die Luft jagen. Ich habe vorgeschlagen, dass wir ... die Ölvorräte zerstören. Ich habe ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Vor dreiundzwanzig Jahren leiteten die alliierten NATO-Streitkräfte eine Operation ein, um den schrecklichen Verbrechen an der albanischen Zivilbevölkerung im Kosovo Einhalt zu gebieten.

Nachdem die internationale Gemeinschaft nichts unversucht gelassen hatte, um eine Einigung auf dem Verhandlungsweg zu erzielen, war es ihre moralische Pflicht und rechtliche Verantwortung, zu handeln, um diese Menschen angesichts der schonungslosen Gräueltaten des kriminellen Regimes Slobodan Miloševićs und dessen ethnischer Säuberungen unter den Kosovo-Albanerinnen und -Albanern zu schützen und die von seinem Apparat ausgelöste humanitäre Katastrophe zu beenden.

Die militärischen und paramilitärischen Kräfte Miloševićs zogen systematisch von Dorf zu Dorf, beschossen Häuser und brannten sie nieder, vertrieben, vergewaltigten und ermordeten kaltblütig wehrlose Zivilpersonen nur wegen deren albanischer Volkszugehörigkeit. Durch Miloševićs genozidalen Feldzug wurden 80 Prozent der Bevölkerung des Kosovo vertrieben, und rund 1 Million Menschen waren gezwungen, als Flüchtlinge aus dem Land zu fliehen. Über 10 000 Zivilpersonen wurden ermordet, schätzungsweise 20 000 Menschen vergewaltigt. Die beteiligten Kräfte versuchten, ihre Verbrechen zu vertuschen – unter anderem durch die Verbringung der Leichen von Kosovo-Albanerinnen und -Albanern in Massengräber in Serbien, Hunderte von Kilometern entfernt.

Es waren dieselben Kräfte, die kurz zuvor in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien ähnliche ethnische Säuberungsaktionen durchgeführt hatten, getrieben von blindem Nationalismus.

Albanien und andere Länder der Region öffneten ihre Türen für Hunderttausende von Flüchtlingen, die aus ihren Heimstätten im Kosovo fliehen mussten.

Herr Vorsitzender,

Im Laufe der Jahre ist eine Vielzahl von verstörenden Bildern, Filmdokumenten, Massengräbern sowie gerichtlichen und anderen Beweismitteln ans Licht gekommen, die die zahllosen Verbrechen und das Leiden der Bevölkerung im Kosovo dokumentieren – sie sind uns noch sehr lebendig in Erinnerung.

Die Entdeckung eines Massengrabs in Serbien im November 2020, in dem die sterblichen Überreste von mindestens 15 während des Krieges getöteten Kosovo-Albanerinnen und -Albanern vermutet werden, weckt schmerzhaft Erinnerungen an die damaligen Ereignisse. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen von über 1 600 weiteren Kosovo-Albanerinnen und -Albanern, die seit dem Krieg verschwunden sind. Wir dürfen nicht ruhen, bis sie gefunden und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt sind.

Mehr als zwei Jahrzehnte später kämpfen die Überlebenden immer noch um Gerechtigkeit. Viele mutige Frauen im Kosovo haben ihre Stimme erhoben, das Schweigen gebrochen und die Angst, die Scham und die gesellschaftliche Stigmatisierung überwunden. Sie haben die schmerzliche Wahrheit über die im Zuge des Konflikts erlittene sexuelle Gewalt erzählt. Der Schlüssel für die Zukunft unserer Region liegt darin, diese Wahrheit anzusprechen und die große transformative Kraft, die Frauen bei der Förderung von Frieden und Sicherheit zu bieten haben, zu nutzen.

Was wir uns gestern von Serbien erhofft hätten – wir warten ja seit 23 Jahren darauf – wären Worte der Reue, ein Eingeständnis der eigenen Verantwortung und eine Entschuldigung bei den Überlebenden dieser Verbrechen gewesen. Dies wäre der notwendige Ansatz gewesen, um sicherzustellen, dass die Täterinnen und Täter für die begangenen Verbrechen und die schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der menschenrechtlichen Normen zur Verantwortung gezogen werden. Das wäre ein richtiger und wichtiger Schritt seitens Serbiens hin zu einer Normalisierung seiner Beziehungen mit seinen Nachbarn gewesen. Stattdessen mussten wir uns erneut anhören, wie sich Serbien als Opfer darstellt und die Wahrheit über die Vorgeschichte der Intervention der NATO zu verschleiern versucht.

Frieden und Versöhnung können niemals von Dauer sein, wenn nicht für Gerechtigkeit gesorgt wird und die in den 1990er-Jahren im Kosovo begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht angemessen aufgearbeitet werden. Deshalb müssen wir alle der Wahrheit ins Auge blicken, uns konsequent der Geschichte stellen und das Böse unmissverständlich verurteilen.

Erst wenn wir uns ohne Relativierungsversuche der Wahrheit gestellt haben, können wir den Weg für eine bessere Zukunft in Frieden und Wohlstand ebnen. Bedauerlicherweise vernehmen wir auch heute noch Anklänge an die dunkle Vergangenheit und eine herabwürdigende Ausdrucksweise, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben sollte. Weder in Europa noch anderswo darf es Platz für die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für Versuche, die Geschichte umzuschreiben, oder für die Verherrlichung von Kriegsverbrechen geben. Dieser Jahrestag muss uns allen Anlass zur Reflexion und zur Verurteilung der vom Milošević-Regime begangenen Verbrechen sein.

Herr Vorsitzender,

seit jener Zeit hat unsere Region glücklicherweise große Fortschritte gemacht. Albanien begrüßt und unterstützt den Dialog zwischen Kosovo und Serbien und die praktischen Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Das Endergebnis sollte ein umfassendes rechtsverbindliches Abkommen sein, das die gegenseitige Anerkennung und die Vollmitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen ermöglicht und eine faire Behandlung von Minderheiten im Einklang mit der Verfassung der Republik Kosovo gewährleistet.

Vor zwei Tagen haben die Albanerinnen und Albaner eine teure Freundin verloren. Die verstorbene Madeleine Albright, ehemalige Außenministerin der Vereinigten Staaten, war eine Vorkämpferin für Frieden, Freiheit und Demokratie, eine beeindruckende Politikerin und ein Vorbild für Generationen von Frauen und Mädchen. Heute gedenken wir ihrer und trauern gemeinsam mit ihrer Familie und dem amerikanischen Volk.

Die entschlossene Reaktion der NATO im Jahr 1999 legte den Grundstein für den Frieden, die Stabilität und die regionale Zusammenarbeit, die die westlichen Balkanstaaten heute genießen, was nicht als selbstverständlich angesehen werden sollte. Albanien setzt sich weiterhin unbeirrt für einen friedlichen, stabilen und wohlhabenden Westbalkan und für eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn ein, während wir auf unserem gemeinsamen europäischen Weg voranschreiten.

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir nun einige zusätzliche Bemerkungen. Ich glaube, wir sollten vorsichtig sein, wenn wir Konflikte vergleichen. Um es mit den berühmten Worten Tolstois zu sagen: „Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich.“

Wir haben in diesem Saal und anderswo die absurden und bedauerlichen Versuche Russlands mitbekommen, seine rechtswidrige und brutale Aggression gegen die Ukraine mit der Intervention der NATO im Jahr 1999 zu vergleichen. Lassen Sie uns in aller Klarheit festhalten: Der Vergleich, der hier bemüht wird, ist völlig haltlos. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die ethnischen Säuberungen im Kosovo und die wachsende Zahl der Flüchtlinge wiederholt als Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bezeichnet. Die Verbrechen des Milošević-Regimes im Kosovo wurden nicht nur von internationalen Beobachterinnen und Beobachtern gut dokumentiert, sondern seine höchsten Amtsträger wurden auch vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wegen dieser Verbrechen verurteilt.

Wir weisen auch den Begriff „Völkermord“ zurück, der von Russland so leichtfertig verwendet wird, das damit allen Menschen, die tatsächlich von Völkermord betroffen waren, neuen Schmerz zufügt und sie beleidigt. Es ist bedauerlich, dass nach acht Jahren Arbeit der Sonderbeobachtermission – die dieser Rat in die Ukraine entsandte, um die Fakten vor Ort zu ermitteln und darüber zu berichten – Russland sich geweigert hat, auf diese Fakten einzugehen. Stattdessen trägt es uns hier und der Welt seine eigenen erfundenen „Fakten“ vor. Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs von Anfang dieses Monats und die von ihm

genehmigten vorläufigen Maßnahmen entlarven Russlands Lügen ebenfalls eindeutig als das, was sie sind.

Die Menschen im Kosovo wissen sehr gut, was es heißt, unter ruchloser und beständiger Unterdrückung und Aggression zu leben und um Freiheit und Würde zu ringen und zu kämpfen. Die Bevölkerung und die Regierung der Republik Kosovo stehen heute an der Seite der Ukraine.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 23 Jahren leitete die NATO die Operation Allied Force ein, um ein Jahrzehnt des Blutvergießens auf dem Balkan zu beenden.

Die Intervention der NATO hatte klare und begrenzte Ziele: die Rettung unschuldiger Menschen, die Beendigung einer humanitären Katastrophe im Kosovo und die Erhaltung von Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa. Es war ein Einsatz, der sich nie gegen die serbische Bevölkerung richtete. Es war ein Einsatz, der allein dem Ziel diente, die Zivilbevölkerung im Kosovo zu schützen. Die Anwendung von Gewalt durch die NATO war sowohl notwendig als auch legitim.

Der Einsatz erfolgte, nachdem die diplomatische Gemeinschaft alle ihre diplomatischen Mittel erschöpft hatte, um das Milošević-Regime mit friedlichen Mitteln zur Beendigung seiner brutalen ethnischen Säuberungsaktionen zu zwingen.

Die NATO-Operation war unter den außergewöhnlichen Umständen der katastrophalen humanitären Situation in Kosovo, wie sie in der Resolution 1199 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 23. September beschrieben worden war, als *ultima ratio* gerechtfertigt. Resolution 1199 sowie die ebenfalls gemäß Kapitel VII VN-Charta beschlossene Resolution 1203 vom 24. Oktober 1998 stellten unmissverständlich fest, dass die Lage in Kosovo eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Region darstellte.

Für Deutschland war die Teilnahme am NATO-Einsatz 1999 gegen Jugoslawien keine einfache Entscheidung. Aber es war in der besonderen Situation 1999 der einzige Weg, die im Kosovo stattfindende verheerende humanitäre Katastrophe und die massiven Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Nicht zu handeln wäre verantwortungslos gewesen.

Herr Vorsitzender,

jedes verlorene Menschenleben war und bleibt eine Tragödie. Wir trauern um alle zivilen Opfer, und wir sprechen ihren Angehörigen unser Beileid aus.

Lassen Sie uns das Andenken an diejenigen ehren, die ihr Leben verloren haben, indem wir gemeinsam an einer Zukunft in Frieden und Wohlstand für ihre Kinder und Nachbarn arbeiten. Der beste Weg dazu ist, dass sich Kosovo und Serbien im EU-geführten Dialog konstruktiv engagieren, um eine umfassende Normalisierung der Beziehungen ihrer Länder zu erreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in der EU und gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft die Menschen in der Region auf dem Weg zu nachhaltigem Frieden im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Perspektive begleiten. Dieses Engagement der Bundesregierung hat Außenministerin Baerbock während ihrer Reise in die Region vom 9. bis 11. 3. vor Ort deutlich unterstrichen.

Vielen Dank.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

die Welle ethnisch motivierter Konflikte, die auf den Zerfall Jugoslawiens folgte, bleibt ein schwieriger und problembehafteter Abschnitt der jüngeren europäischen Geschichte. Wir denken an die vielen Menschen, die in diesen tragischen Konflikten ihr Leben verloren haben, an die zerstörten Häuser, die zerrissenen Familien und die Millionen von Vertriebenen. Die Bemühungen, sich von den Folgen dieser Konflikte zu erholen, gehen bis heute weiter, auch im Rahmen der OSZE, die sich für eine friedliche, stabile und prosperierende Zukunft des Westbalkans einsetzt.

Der Konflikt im Kosovo zog damals erhebliche humanitäre Folgen nach sich, darunter den Tod von Zivilpersonen und Massenvertreibungen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen äußerte seine Besorgnis über die ernste humanitäre Lage im Kosovo und die wachsende Zahl von Flüchtlingen sowie über die Bedrohung, die diese für die internationale Sicherheit darstellen.

Die Operation Allied Force, die aus der Luft geführt wurde und an der auch Kanada beteiligt war, folgte auf die mehr als ein Jahr andauernden Bemühungen der Vereinten Nationen und der Kontaktgruppe, eine friedliche Lösung des Konflikts zu erreichen und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern. Mit der Operation sollte der ausufernden Gewalt und Repression Einhalt geboten werden. Im Anschluss an die Luftoperation wurde die KFOR, eine Friedensmission unter NATO-Führung, ins Leben gerufen, um im Kosovo für Sicherheit zu sorgen.

Herr Vorsitzender, gerade wegen der Kosten des Konflikts dürfen wir die Vergangenheit nie vergessen. Wir müssen daraus lernen und sicherstellen, dass wir gemeinsam den Weg in die Zukunft beschreiten, getragen von positiven Bekenntnissen zu einem dauerhaften und stabilen Frieden. Auf diese Weise können wir gemeinsam die Opfer würdigen, die von den Menschen gebracht wurden, die ihr Leben verloren haben oder deren Leben durch die Tragödie dieses Konflikts für immer verändert wurde.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1364

24 March 2022

Annex 25

GERMAN

Original: ENGLISH

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Herr Vorsitzender,

da der verehrte Vertreter Albaniens mein Land erwähnt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Die sogenannten ethnischen Säuberungen in Bosnien und Herzegowina waren nicht die unmittelbare Folge einer einzelnen Aktion irgendeiner einzelnen Regierung oder irgendeines einzelnen Regimes in der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in den 1990er Jahren, sondern die Folge von Kriegsverbrechen seitens aller Kriegsparteien während des Bürgerkriegs in Bosnien und Herzegowina. Die Ergebnisse dieser gegenseitigen ethnischen Säuberungen wurden bei der letzten Volkszählung in meinem Land im Jahr 2013 deutlich sichtbar.

Ich selbst bin ein Opfer ethnischer Säuberungen, aber das kann nicht den Handlungen von Regierungen von Nachbarländern angelastet werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 3 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

ursprünglich hatten wir nicht die Absicht, für diese Sitzung des Ständigen Rates einen Tagesordnungspunkt unter „Aktuelle Fragen“ einzubringen. In Anbetracht der Entwicklung der Lage an der Kontaktlinie in Bergkarabach haben wir uns aber nun doch dazu entschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden Sicherheitskrise in Europa, in der die Lage in der Ukraine verständlicherweise den Großteil der Aufmerksamkeit der OSZE-Teilnehmerstaaten auf sich zieht, sieht sich die Delegation Armeniens erneut gezwungen, den Ständigen Rat auf die jüngsten provozierenden Handlungen der aserbaidischen Streitkräfte an der Kontaktlinie in Arzach hinzuweisen.

Zusätzlich zur aufgrund der Unterbrechung der Gasversorgung durch Aserbaidschan drohenden humanitären Krise in Arzach, zur ungelösten Frage der armenischen Kriegsgefangenen, über die ich gestern gesprochen habe, und zur Zerstörung des armenischen Kulturerbes in Arzach gibt es noch weitere Entwicklungen.

Sie wissen vielleicht, dass gestern am späten Nachmittag aserbaidische Streitkräfte in das Dorf Paruch in Arzach eingedrungen sind und damit eindeutig gegen die trilaterale Erklärung vom 9. November 2020 über eine Waffenruhe verstoßen haben, in der festgelegt wurde, dass die Streitkräfte auf den Stellungen verharren müssen, die sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung hielten.

Russische Friedenstruppen versuchten erfolglos, mit der aserbaidischen Seite zu verhandeln, um sie dazu zu bewegen, ihre Kräfte aus dem Dorf auf ihre früheren Stellungen zurückzuziehen.

Gestern Abend und in der Nacht haben die aserbaidischen Streitkräfte versucht, weiter vorzudringen. Das aserbaidische Militär eröffnete das Feuer auf die Stellungen der Verteidigungskräfte von Arzach und setzte dabei Schusswaffen unterschiedlichen Kalibers und Kampfdrohnen ein. Die arzachischen Kräfte waren gezwungen, den Kampf mit

dem Aggressor aufzunehmen, um dessen Vormarsch zu stoppen. Dabei wurden zwei Soldaten der Verteidigungskräfte von Bergkarabach getötet und 14 verwundet.

Heute Morgen, Stand 9.00 Uhr Ortszeit, war die Lage relativ ruhig, wenn auch nach wie vor angespannt.

Das Außenministerium Armeniens hat gestern und heute zwei Erklärungen abgegeben, in denen es darauf hinwies, dass diese aggressiven Handlungen Aserbaidshans einmal mehr zeigen, dass die Behörden in Baku weiterhin in grober Weise gegen die trilaterale Erklärung vom 9. November 2020 verstoßen, in der die Einstellung der Kampfhandlungen, die Beibehaltung der aktuellen Stellungen der Parteien und die Entsendung eines Friedenskontingents der Russischen Föderation entlang der Kontaktlinie in Bergkarabach vorgesehen sind.

Das Ministerium betonte, dass diesen Aktionen die vollständige Unterbrechung der einzigen Gaspipeline, die Arzach versorgt, der gezielte Beschuss ziviler Infrastruktur mit großkalibrigen Waffen, terrorisierende Drohungen gegen die Armenierinnen und Armenier in Arzach und andere auf eine ethnische Säuberung abzielende Schritte seitens Aserbaidshans vorausgegangen waren.

Zusammen mit der drastischen Eskalation der Sicherheitslage in Europa gefährden solche Aktionen der aserbaidshanischen Behörden die Stabilität und den Frieden in der Region in schwerwiegender Weise.

Wir erwarten von den russischen Friedenstruppen, in deren Zuständigkeitsbereich die Provokation stattgefunden hat, dass sie Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die aserbaidshanischen Truppen unverzüglich auf ihre ursprünglichen Stellungen zurückkehren und die in der trilateralen Erklärung vom 9. November eingegangenen Verpflichtungen einhalten.

Wir verurteilen diese unprovokierte Eskalation aufs Schärfste und fordern Aserbaidshans auf, seine maximalistische und aggressive Politik aufzugeben und nach Treu und Glauben Verhandlungen über alle Fragen aufzunehmen, die mit dem Bergkarabach-Konflikt zusammenhängen oder aus diesem resultieren.

Wir fordern den Amtierenden Vorsitzenden, die OSZE-Institutionen und –Durchführungsorgane, unsere Partner sowie die internationale Gemeinschaft insgesamt dazu auf, die provozierenden Handlungen Aserbaidshans, die darauf abzielen, den Friedensprozess zu untergraben, unmissverständlich zu bewerten und die Bemühungen um Frieden im Südkaukasus und eine friedliche Beilegung des Bergkarabach-Konflikts zu unterstützen.

Wir bekräftigen, dass sich die armenische Regierung zu allen Bemühungen um die Herbeiführung von Frieden und Wohlstand in unserer Region bekennt. Zu diesem Zweck hat sie eine Strategie zur Einleitung einer Ära der friedlichen Entwicklung in der Region verabschiedet und unternimmt entschlossen die notwendigen Schritte in diese Richtung. Die Erreichung eines dauerhaften und nachhaltigen Friedens in der Region ist eine der Prioritäten unserer Regierung.

Danke.

1364. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1364, Punkt 6 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KASACHSTANS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte den Ständigen Rat darüber informieren, dass Präsident Qassym-Schomart Toqajew am 16. März 2022 seine jährliche Rede zur Lage der Nation gehalten hat, mit dem Titel „Das neue Kasachstan: der Weg der Erneuerung und Modernisierung“.

Gestern haben wir bereits in unserer Erklärung in Antwort auf den Bericht des Direktors des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte Matteo Mecacci mehrere wichtige Initiativen in Kasachstan im Zusammenhang mit der menschlichen Dimension vorgestellt.

Heute möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf einige zentrale Aspekte dieser Rede von Präsident Toqajew lenken – insbesondere auf die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung der tragischen Ereignisse im Januar und auf verschiedene Maßnahmen zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Modernisierung Kasachstans.

Es ist offensichtlich, dass die tragischen Ereignisse im Januar eine ernste Herausforderung und Bedrohung für die Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes darstellten. Unter Bezugnahme auf die vorläufigen Ergebnisse der laufenden Untersuchung erwähnte Präsident Toqajew, dass sich unter denjenigen, die im Januar einen Staatsstreich durchzuführen versuchten, einige hochrangige Amtsträgerinnen und -träger befanden, die Verrat am Staat und an der Gesellschaft begingen, die Strafverfolgungsbehörden an einem rechtskonformen Vorgehen hinderten und die Führung des Landes mit falschen Informationen über die Lage vor Ort versorgten. Der Präsident betonte, dass alle Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung.

Nach den Ereignissen im Januar hat Präsident Toqajew gelobt, ein neues Kasachstan aufzubauen. Dies bedeutet, dass wir eine resilientere und stärker diversifizierte Volkswirtschaft anstreben, die Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger, eine gerechtere Gesellschaft und ein lebendigeres, dynamischeres und handlungsfähigeres politisches System gewährleistet. Um diese Ziele zu erreichen, schlug der Präsident mehrere Initiativen vor, die darauf abzielen, kritische soziale und wirtschaftliche Probleme wie Ungleichheit und Armut anzugehen und das Wohlergehen der Menschen in Kasachstan langfristig zu sichern.

Der Präsident stellte eine Reihe weitreichender politischer Reformen und Initiativen vor, die bis zu 30 Verfassungsänderungen erfordern und den Umbau unseres Landes weiter vorantreiben sollen.

Herr Vorsitzender,

was die politischen Reformen betrifft, so betonte Präsident Toqajew, dass Kasachstan nicht vom eingeschlagenen Weg abweichen und den Systemwandel in allen Lebensbereichen beschleunigen werde. Dementsprechend hat er ein Programm zur umfassenden Modernisierung des politischen Systems des Landes vorgelegt, das wir Ihnen heute im Ständigen Rat vorstellen möchten.

Das Programm umfasst die folgenden Aspekte:

- Übergang von einer „superpräsidialen Regierungsform zu einer Präsidialrepublik mit einem starken Parlament“. Wie unser Staatsoberhaupt es ausdrückte: „Ein solches System wird ein optimales Kräftegleichgewicht zwischen den Institutionen schaffen und zur nachhaltigen Entwicklung des Landes beitragen.“
- Gesetzesbestimmungen, die den/die amtierenden Präsidenten/Präsidentin verpflichten, seine oder ihre Mitgliedschaft in einer politischen Partei für die gesamte Dauer seiner oder ihrer Amtszeit niederzulegen. Diese Norm wird den politischen Wettbewerb fördern und gleiche Bedingungen für die Entwicklung aller Parteien gewährleisten.
- Gouverneurinnen und Gouverneuren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern ist es untersagt, Ämter in Parteiorganisationen zu bekleiden. Dies wird die Entwicklung eines Mehrparteiensystems fördern;
- Engen Verwandten des/der amtierenden Präsidenten/Präsidentin ist es untersagt, leitende Positionen in der Verwaltung oder im staatsnahen Sektor zu bekleiden. Dies wird dazu beitragen, Korruption und Vetternwirtschaft zu unterbinden.
- Die Unabhängigkeit der Gouverneurinnen und Gouverneure der Provinzen und Gemeinden wird gestärkt. So hat der/die Präsident/Präsidentin derzeit das Recht, Vorsteherinnen und Vorsteher von Bezirken und ländlichen Verwaltungseinheiten zu entlassen. Diese gesetzlichen Bestimmungen sollten abgeschafft werden.
- Es wird ein Verfassungsgericht eingerichtet. Der/die Generalstaatsanwalt/-anwältin und der/die Menschenrechtskommissar/in erhalten das Recht, den Gerichtshof anzurufen, zusätzlich zu ihrem bestehenden Recht, sich an den/die Präsidenten/Präsidentin und das Parlament zu wenden.
- Die Quote für die Ernennung von Senatorinnen und Senatoren durch den/die Präsidenten/Präsidentin wird von 15 auf 10 Personen gesenkt, um den gesellschaftlichen Gruppen, die im Parlament unterrepräsentiert sind, eine stärkere Stimme zu verleihen.

- Der Senat sollte nur Gesetze billigen oder ablehnen, die bereits von der Mäschilis (dem Unterhaus des kasachischen Parlaments) verabschiedet wurden. Dementsprechend erhält die Mäschilis die Befugnis, Gesetze zu verabschieden.
- Die parlamentarische Kontrolle über den Vollzug des Staatshaushalts sollte durch die Einrichtung einer Obersten Rechnungsprüfungskammer gestärkt werden.
- Das Gesetz über die Massenmedien wird überarbeitet, um den Medien in Kasachstan zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit zu verhelfen.
- Die Strafen für Gewalt gegen Frauen und Kinder werden verschärft.
- Es wird eine breitere Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten in die Vorbereitung und Umsetzung von Reformen sichergestellt.
- Es wird ein Erlass zur weiteren Entbürokratisierung des öffentlichen Sektors ergehen.
- Die Ausarbeitung eines neuen Pakets von Strukturreformen für die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung ist bereits im Gange; dieses wird der Strategie der politischen Modernisierung Rechnung tragen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen Reformen das breite Spektrum der in der kasachischen Gesellschaft anzutreffenden Ansichten widerspiegeln und eine logische Fortsetzung der bereits eingeleiteten Veränderungen zur Bewältigung zweier dringender Aufgaben darstellen: erstens eine konsequente Demokratisierung zu fördern und zweitens die Stabilität und Regierbarkeit des Staates sicherzustellen.

Kasachstan sieht sich derzeit aufgrund einer akuten Verschärfung der geopolitischen Lage noch nie dagewesenen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber. Die harten Sanktionen verursachen bereits jetzt erhebliche Kosten nicht nur für einzelne Länder, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft.

Heute ist mein Land auf dem Weg zu weitreichenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen, um einen demokratischen, transparenten, resilienten und rechenschaftspflichtigen Staat mit einer lebendigen Zivilgesellschaft zu verwirklichen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.